

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mark ohne In-
tragen. — Einzelne Nummern
10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverbands-Strohkonto Nr. 3. — Postschek-
konto: Leipzig 12548.

Anzeigenpreise: Sechseckspaltene Korpuszeile
20 Pfa., außerhalb der Amts-
hauptmannschaft 25 Pfa., im amtlichen Teil
(nur von Behörden) 70 bzw. 75 Pfa. — Eingefandt und
Reklamen 70 Pfa.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 182

Sonntag den 10. August 1919

85. Jahrgang

Nachstehende auch für Sachsen gültige Verordnung des Reichswehrministers wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 6. August 1919.

Wirtschaftsministerium. Abteilung für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 270/7. 19. R. R. A.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I. Die von den Kriegsministerien und den Militärbehörden erlassenen, den Betroffenen namentlich zugestellte Verfügungen Nr. Ch. I. 205/6. 16. R. R. A., betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Retortengraphit vom September 1916 wird hiermit aufgehoben.

Derliches und Sächliches.

Dippoldiswalde, 9. August. Zu einer außerordentlichen Generalversammlung, die durch ihre Beschlüsse in lokal-geschichtlicher Hinsicht zu einer denkwürdigen werden sollte, hatte die Beeridigungsgesellschaft „Helmkehr“ gestern abend ihre Mitglieder nach dem „Kalen Strich“ geladen. Nach Begrüßung gab der Vorsitzende, Herr Handelsmann Anders bekannt, daß die „Herrnengesellschaft“, die zurzeit 32 Mitglieder, 12 Mitgliedswitwen, ein Barvermögen von 69 M. und 500 M. Schulden habe (auf den Wagen) und ihr Inventar mit 3500 M. bewerte, mit dem Antrag auf Verschmelzung beider Beeridigungsgesellschaften an die „Helmkehr“ herangetreten sei. Der Gesamtvorstand habe nach eingehender Beratung seine Genehmigung hierzu zu erkennen gegeben mit der Maßgabe, daß die Mitglieder ohne jede gegenseitige Entschädigung oder Abfindung und alle Pflichten und Rechte auf die neue Gesellschaft übergehen, die wieder den Namen „Helmkehr“ führen und zunächst durch den bisherigen Gesamtvorstand unter Zuzahl dreier Beisitzer aus der „Herrnengesellschaft“ verwaltet werden sollte. Die „Herrnengesellschaft“ sei mit den gefälligen Bedingungen einverstanden, habe jedoch den Wunsch, den Namen ihrer 1652 gegründeten Gesellschaft mit Rücksicht auf das hohe Alter derselben, deren Geschichte ein Stück Lokalgeschichte darstelle, auch der Nachwelt erhalten zu sehen dadurch, daß er im Namen der vereinigten Gesellschaft mit zum Ausdruck komme. Der Beiratung dieses Wunsches könne man sich auch keineswegs verschließen. Der Gesamtvorstand schlage nun der Generalversammlung vor, der Vereinigung, die man nur als einen Fortschritt in verschiedener Hinsicht begrüßen könne, unter den bekanntgegebenen Bedingungen zuzustimmen mit der Maßgabe, daß der Name der vereinigten Gesellschaft laute: „Vereinigte Beeridigungsgesellschaften „Helmkehr“ und „Herrnengesellschaft“ zu Dippoldiswalde, gegründet 1783 und 1652“, während im geschäftlichen Verkehr auch in Zukunft einfach mit „Helmkehr“ bezeichnet werden solle. Mit diesem Vorschlag sei auch die „Herrnengesellschaft“ einverstanden. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Vorstandsvorschlages. Anschließend fand eine Versammlung der Mitglieder beider Gesellschaften statt. Nach Bekanntgabe des soeben gefassten Beschlusses der „Helmkehr“ gab Herr Geldhahnenmeister Dietrich als Vorsitzender der „Herrnengesellschaft“ seiner lebhaften Freude Ausdruck besonders auch darüber, daß dem der Fleiß und dem Sozialpatriotismus entspringenden Wunsche nach Erhaltung des Namens „Herrnengesellschaft“ Rechnung getragen worden sei. Nachdem die Versammlung ebenfalls einstimmig dem Verschmelzungsvorschlag zugestimmt hatte und damit gewissermaßen zur ersten Generalversammlung der vereinigten Gesellschaften geworden war, führte Herr Anders aus, daß die soeben beschlossene Vereinigung der beiden ältesten Gesellschaften der Stadt eine Tat sei, die vielleicht auch andere Vereine sich zum Vorbild nehmen dürften. Grüße für alle Beteiligten und für die ganze Stadt Segen daraus erwachsen. Nach Genehmigung der Satzungsänderungen als Folge der wegen des beabsichtigten Landankaufs für eine später zu erbauende Wagenhalle nötig werdenden Eintragung der Gesellschaft in das Vereinsregister fand die Neuwahl des nunmehr aus 12 Personen bestehenden Gesamtvorstandes statt. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Herr Anders auf 2 Jahre, zu seinem Stellvertreter Herr Stellmachermeister Böhme auf 1 Jahr, zum Kassierer Herr Schmuckhermeister Jädel auf 2 Jahre, zum Schriftführer Herr Huttmachermeister Schwind auf 1 Jahr und zu Beisitzern die Herren Karl Schöne und Karl Dietrich auf 3, Louis Wendler, Ferdinand Florian und Alfred Heinrich auf 2, Max Langer, Ernst Wende und Wendelin Hode auf ein

Jahr. Als erstes Jahr gilt die Zeit die zu der im Februar stattfindenden Generalversammlung. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Blumenwagen von der damit beauftragten Kommission abgenommen und in den neugemieteten Schuppen in der Reuteren Bahnhofstraße untergebracht worden sei, wo auch der von der „Herrnengesellschaft“ zu übernehmende Wagen seinen Platz erhalten werde. Die Kommission habe an dem Blumenwagen, der 1800 M. koste und bar bezahlt worden sei, keine Ausstellungen zu machen gehabt. Nachdem noch eine aus den Herren Anders, Langer, Dietrich und Röndert sen bestehende Kommission zur Übernahme des gesamten Bestandes der „Herrnengesellschaft“ gewählt und zahlreiche durch die Verschmelzung auftauchende Fragen erledigt waren, wies Herr Anders nochmals auf die Bedeutung der soeben gefassten Beschlüsse hin und schloß die Versammlung mit den besten Wünschen der Zukunft. — Hat die Leitung der „Helmkehr“ schon seit langem bewiesen, daß sie es versteht, vorausschauend oft, dem Zeitgeiste Rechnung zu tragen, soweit die Verhältnisse einer Kleinstadt das überhaupt erzmöglichen, ein Umstand, der ihr hier die Führung im Begrüßungswesen zusallen ließ, so ist ein neuer Beweis dafür die Beschaffung des Blumenwagens. Herr Stellmachermeister Böhme hat damit nicht nur ein sehr solides Stück Arbeit geliefert sondern auch ein Gerät, mit die Gesellschaft überall Ehre einlegen wird. Ein Bedürfnis ist er je länger, je mehr geworden. Die Gebühr für die Benutzung des Wagens, der auch nach auswärts gegeben wird, beträgt mit Versicherung 32 M. — Die Zinsen der Einse-Stiftung (120 M.) kommen am 6. August, am Geburtstage der Stifterin, bestimmungsgemäß durch die Herren Bezirksvorsteher zur Verteilung. — Tagesordnung zur 8. Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde Donnerstag den 14. August 1919 vormittags 11 Uhr im amtshauptmannschaftlichen Sitzungssaal. Offizielle Sitzung: Bestimmungen der Reichsgetreidestelle für das Wirtschaftsjahr 1919/20. — Bekanntmachung über die Fidelebeerente vom 2. 7. 19 und ihre Ausführung. — Versorgung des Bezirks mit Frühkartoffeln. — Fleischversorgung und Viehanmeldung im Versorgungszeitraum vom 3. 9. bis 2. 11. 19. — Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 23. Juli d. J., Viehpferde betr. — Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 30. Juli 1919, Erhöhung der Geltraktion betr. — Einwilligung einer Staatsbeihilfe an die Stadtgemeinde Lauenstein zu den Kosten der Verbreiterung und des Ausbaues der Zoll-(Bahnhof-)Straße daselbst. — 52 Gesuche um Unterstellungen für Volkshochschulen a. d. J. 1919. — Auslösung je eines Wertpapiers für das Bezirksvermögen und die Weinstiftung. — Neufestsetzung des Gehalts der Gemeindevorstände zu Döbra, Wertheisdorf, Schellerhan, Delsengrund und des Bürgermeisters zu Lauenstein. — Aufnahme von Darlehen für den Bezirk. — Ergebnis der Viehzählung am 2. 6. 19. — Erhöhung der Eintrittsartensteuer. — Ortsgesetz über die Erhebung einer Ortsabgabe von Sommerfrischlern in der Gemeinde Obertraandorf. — Nachtrag zum Ortsstatut über die Errichtung einer Freibank für die Stadtgemeinde Glasbütte. — 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Raundorf. — Beitritt der bürgerlichen Gemeinde Prieschendorf zum Kreisverband Sächs. Gemeinden. — Erhöhung der Gebühren für Revision der Bierdruckapparate. — Antrag der Gemeindebehörde Obercunnersdorf und Heddendorf auf Eingliederung des früher von Heddendorf nach Prieschendorf führenden Fußwegs, den sog. Buttersteig, als öffentlichen Weg. — Ortsgesetz betr. die Offenheit der Gemeinberatsitzungen zu Großholla und die Einführung einer Geschäftsordnung für diese Sitzungen. — 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Pössendorf. — Ortsgesetz über die Entschädigung für

Artikel II. Diese Bekanntmachung tritt am 21. Juli 1919 in Kraft.
Berlin, den 21. Juli 1919.
Der Reichswehrminister.
Im Auftrage Seiner.

Kundenlisten für Auslandschmalz.

Die Bezugsberechtigten für Auslandschmalz haben sich bis zum 12. August 1919 bei der Butterausgabestelle ihres Ortes unter Vorlegung der II. Einfuhrzulasskarte für ausländisches Schmalz anzumelden.
Die Kundenlisten sind durch die Ortsbehörden zu prüfen und bis spätestens zum 14. August 1919 hierher einzulenden.
Nicht ständig im Kommunalverbande wohnende Personen haben keine Einfuhrzulasskarten zu erhalten.
Dippoldiswalde, am 8. August 1919.
Rob III.
Der Kommunalverband.

Weitere amtliche Bekanntmachungen siehe Beilage.

auswärtige Dienstverrichtungen im Gemeinbedienste für die Gemeinde Hainichen. — 2. Nachtrag zur Steuerordnung für die Gemeinde Kreischa. — 2. Nachtrag zu den statistischen Bestimmungen für die Gemeinde Rechenberg und Holzhan und den Gutsbezirk, Forstverwaltung Rechenberg, die an die Leichenfrau zur Versorgung des Leichendienstes zu entrichtenden Gebühren betr. — Nichtöffentliche Sitzung: Ergänzungswahl zweier Mitglieder für die Bezirkskommission bis mit Ende 1919. — Gesuch um eine Unterstufung. — Gesuche um 4 Unterstufungen. — Gesuche um 2 Stillebelegungen. — Gesuche um Sonderunterstützungen an Kriegervfamilien aus Mitteln des Bezirks bez. des Hauptauschusses für Kriegshilfe im Bezirk Dippoldiswalde-Band. — Gesuch des Fleishers Karl Max Israel-Raundorf um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft einschl. des Branntweinchants, zum Tanzhalten, zum Ausspannen und zum Kruppenlegen in und vor dem Grundstücke Nr. 23 B der Ortliste für Raundorf. — Uebertragung. — Gesuch des Tischlers Karl Franz Querner-Bärenklau um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft einschl. des Branntweinchants, zum Tanzhalten, zum Ausspannen und zum Kruppenlegen in und vor dem Grundstücke Nr. 4 B der Ortliste für Bärenklau. — Uebertragung. — Gesuch des Fleishers Karl Guido Schneider-Johnsbach um Erlaubnis zur Ausübung des Schanks, einschl. Branntweinchants, zum Beherbergen, zum Kruppenlegen und zum Ausspannen in und vor dem Grundstücke Nr. 29 B der Ortliste für Johnsbach. — Uebertragung. — Gesuch Alfred Pajstles-Ripdorf um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft einschl. Branntweinchant, zum Ausspannen, zur gewerbmäßigen Veranstaltung von Singpielen pp. und zur Abhaltung von Tanz für geschlossene Gesellschaften in dem Grundstücke Nr. 24 der Ortliste für Ripdorf (Härlendof). — Uebertragung. — Gesuch des Fleishers William Theodor Schmidt-Sabisdorf um Erlaubnis zum vollen Gasthofbetriebe einschließlich Beherbergung, Ausspannen, Kruppenlegen, Abhaltung von Tanzmuffen und Singpielen in und vor dem Grundstücke Nr. 9 B der Ortliste für Sabisdorf. — Uebertragung. — Gesuch des Möbelfabrikanten Georg Albin Geier-Seifersdorf um Erlaubnis zum vollen Gasthofbetriebe einschließlich Beherbergen und Abhaltung von Tanz, zum Ausspannen, zum Kruppenlegen und zur gewerbmäßigen Veranstaltung von Singpielen usw. in dem Grundstücke Nr. 68 der Ortliste für Seifersdorf. — Uebertragung. — Gesuch Alfred Krebs-Niedertraandorf um Erlaubnis zur Ausübung der vollen realen Gasthofgerechtigkeit einschließlich des Branntweinchants sowie der persönlichen Befugnisse zur Abhaltung von Tanzmuffen und zur gewerbmäßigen Veranstaltung von Singpielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen von Personen oder theatralischen Vorstellungen usw. in dem Grundstücke Nr. 32 der Ortliste für Niedertraandorf. — Uebertragung. — Gesuch des Gastwirts Franz Böhme-Wilmendorf um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich Branntweinchant in dem Grundstücke Nr. 52 der Ortliste für Wilmendorf einschließlich Garten und Gartenhaus. — Uebertragung. — Gesuch des Fleishers Oskar Heinrich Geißler-Falkenhain um Erlaubnis zur Ausübung der auf dem Grundstücke Nr. 11 B der Ortliste für Falkenhain ruhenden Realgerechtigkeit zum Bier-, Wein- und Branntweinchant sowie der persönlichen Befugnisse zum Beherbergen, zum Kruppenlegen und zur gewerbmäßigen Veranstaltung von Singpielen usw. — Uebertragung und Erweiterung. — Gesuch Gustav Adolf Pfeiffers-Dönschten um Erlaubnis zur Ausübung der Gastwirtschaft einschließlich Branntweinchant, zum Ausspannen, zum Beherbergen, zum Tanzmuffhalten und zur gewerbmäßigen Veranstaltung von Singpielen in dem Grundstücke Nr. 4 B der Ortliste

Die Dörstler (Waldernd) — Uebertragung. — Besuch Arthur Hermann Fröhliches — Burkardorf um Erlaubnis zur Anschaffung der auf dem Grundstücke Nr. 135 der Ortsliste für Burkardorf ruhenden vollen Gasthofgerechtigkeit, sowie der persönlichen Besugnisse zum Tanzmusikhallen, Ausspannen, Schoppenlegen und zur gewerbemäßigen Veranstaltung von Singspielen usw. — Uebertragung. — Besuch des Fleischers Karl Diebicher — Stadt Bärenstein um Erlaubnis zur Anschaffung der auf dem Grundstücke Nr. 26 der Ortsliste für Stadt Bärenstein ruhenden Realgerechtigkeit zum Gasthofsbetriebe, sowie der persönlichen Besugnisse zur gewerbemäßigen Veranstaltung von Singspielen usw. — Uebertragung. — Besuch des Metzgers Ernst Richard Höfer — Gellings um Erlaubnis zum Ausschank von Glasbier in der Steinbruchbetriebskantine von Ernst Rejcar — neue Konzession. — Besuch Arthur Heinrich Böges — Hirschbach um Erlaubnis zum Betriebe der vollen Gasthofgerechtigkeit einschließlich Branntweinschank, zur Abhaltung von Tanzmusik, sowie zur gewerbemäßigen Veranstaltung von Singspielen usw. in dem Grundstücke Nr. 7 B der Ortsliste für Hirschbach — Uebertragung. — Besuch des Kaufmanns Erwin Wöhrich — Hirschsprung um Erlaubnis zum Betriebe des Bier-, Wein- und Branntweinschanks, zum Tanzmusikhallen, zum Weeberbergen und zum Ausspannen in dem Grundstücke Nr. 13 der Ortsliste für Hirschsprung „Ladenmühle“ — Uebertragung. — Besuch des Bäckers Albin Martin Müller — Großholla um Erlaubnis zum Kaffeeschank in dem Grundstücke Nr. 51 B der Ortsliste für Großholla — neue Konzession. — Gesuche um Artzgefamilienunterstützung aus Dippoltswalde, Pölsendorf, Pörschendorf, Quöhren, Kalsau, Nechenberg und Geising — Kündigung des Mietverhältnisses für 1. 9. 19 und Annahme Hermanns — Neufassung als Nachfolger. — Besuch der Landesbeamten des Bezirks um Erhöhung der Entlohnung für Verwaltung der Standesämter. — Veränderte Behördenbezeichnung. Nach dem Uebergangsgegesetz für das Volksschulwesen, das am 26. Juli 1919 in Kraft getreten ist, führen die bisherigen Bezirkschulinspektoren die Bezeichnung Bezirkschulamt, die bisherigen Bezirkschulinspektoren die Bezeichnung Bezirkschulrat. — Keine Einschränkung des Personenzugverkehrs in Sachsen? Wie wir hören, wird der Personenzugverkehr in Sachsen, anders als im übrigen Reich, vorläufig nicht eingeschränkt werden, weil bereits früher in Sachsen umfangreiche Einschränkungen vorgenommen worden sind.

Letzte Nachrichten.

Die Aburteilung der ehemaligen ungarischen Volkskommissare.

Wien, 9. August. Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, verurteilt in Wiener Kriegen, daß die ehemaligen ungarischen Volkskommissare vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden sollen.

König Ferdinand reist nicht nach Budapest.

Wien, 9. August. Der rumänische König hat, wie die Telegraphen-Union erfährt, die geplante Reise nach Budapest aufgegeben.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Weimar, 9. August. Der Staatenausschuß stimmt in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren zu.

Arbeitspflicht.

Herne, 8. August. Eine in Castrup abgehaltene Delegiertenversammlung der Zeche „St. Af Schwerin“ forderte in einer Entschließung den Abbau der Arbeitslosenunterstützung und die Einführung der Arbeitspflicht.

Auflösung der deutschen Güter in Elß-Lothringen.

Der Oberste Rat von Elß-Lothringen sprach den Wunsch nach baldiger Liquidierung der deutschen Güter in Elß-Lothringen aus.

Festelmarkt Dippoltswalde vom 9. August.

Von den 17 angebotenen Festeln wurden 15 verkauft zum Preise von 80—120 M. das Stk.

** Unter der Winterherrschaft. In Sprendaingen in Rheinhausen versuchten Mannschaften des dortigen französischen Landgeschwaders vergeblich, das Soldatendenkmal auf dem Marktplatz umzufürzen. Die Jugend des Dorfes war darüber ungeheuer empört, befranzte die Figur des Soldaten mit Lorbeer und sang ostentativ „Deutschland, Deutschland über alles“, worauf natürlich bei der französischen Militärbehörde heftige Empörung entstand. Weiter hört man, daß im Gefolge der Sprenglinger Geschehnisse Leute von der französischen Behörde verhaftet wurden. Drei Personen sind inzwischen wieder entlassen worden, einer ist vor seiner Festnahme flüchtig geworden, drei befinden sich noch in Haft.

** Schändnis nach dem Todesurteil. Die Nazis vom Kriegsgericht in Eisen wegen Raubmordes an dem Flaschenbierhändler Kolling und dessen Koffer zum Tode verurteilten Brüder Bernhard und Gerhard Fleischer haben die Tat jetzt nicht nur eingestanden, sondern weiter zugegeben, daß sie auch den Pferdehändler Stidel aus Düsseldorf vor einigen Monaten ermordet und um 10 000 Mark beraubt haben.

Kleine Nachrichten.

* Die Zahl der unterstehenden Erwerbstlosen betrug Ende der letzten Woche in Berlin, Charlottenburg, Neu-West, Schöneberg, Kladow und Wilmersdorf zusammen 141 634 gegen 147 823 Ende der vorletzten Woche.

Sauberes christliches Hausmädchen

bei gutem Lohn, unter Behandlung nach Gemächlichkeit gesucht. Vorzustellen bis Mittwoch mittag.

Rabenener Mühle bei Hädlich.

Kranichengasse 264 D, bei L.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 7. August.

Die Beratung der Steuergesetz.

Das parlamentarische Leben setzte heute nachmittag in Weimar wieder voll ein. Die Interpellation Dransfeld (Hr.) betr. Entlassung der Frauen bei der wirtschaftlichen Demobilisierung wurde zunächst zurückgestellt, da die Regierung erst später eine Erklärung hierüber abgeben wird. Das Haus begann alsdann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs einer außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919.

Die Kohlennot Europas.

Deutschland soll über die Vertragspflicht hinaus Kohlen liefern.

Der Oberste Wirtschaftsrat hat, wie bereits gemeldet, als besondere Organisation für die europäischen Staaten den „Interalliierten Rat für die Kohlenförderung und Verteilung“ beschlossen. Dieser Rat wird durch eine sehr scharfe Kontrolle der Bergwerke bemüht sein, die Produktion nach Möglichkeit zu heben und da, wo die Kohlenförderung nicht intensiv genug ist, nachzuhelfen, ferner den Produzenten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, sowie eine große Auswanderungsbewegung augenblicklich arbeitsloser polnischer und tschechischer Arbeiter ins Leben rufen und durch freie Verträge und Käufe versuchen, die Kohleneinfuhr aus Westfalen und Schlesien zu sichern, und zwar abgesehen von den Kohlenmengen, die Deutschland vertraglich zu liefern hat. Dieser Interalliierte Kohlenrat wird aus je einem Vertreter aller interessierten Länder bestehen. „Tempus“ befragt die Bildung einer interalliierten Gesellschaft aller interessierten Staaten, welche vorerst die europäische Transportfrage regeln und alsdann die Kohlenverteilung organisieren soll. In dieser Gesellschaft soll jeder Staat gleichsam als Aktionär vertreten sein. Die Kohlenverteilung soll gleichfalls durch eine internationale Organisation geschehen, die vor allem die Ausbeutung der Kohlenbergwerke in den jetzt noch kritischen Gebieten Oberschlesiens und in Teschen übernehmen soll.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht einen Appell Hoover's an die Bergarbeiter Europas, nicht nur das zu tun, was sie tun könnten, sondern das, was sie tun müßten. Der Achtstundentag dürfe nicht zu einer Arbeitszeit von sieben oder sechs Stunden herabsinken. Er läßt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Kohlennot befreien könne, denn nach seiner Berechnung fehlen in diesem Winter zwanzig Millionen Tonnen Brennmaterial monatlich für die Versorgung Europas. Die belgische Regierung hat die Kohlenaufuhr nach anderen Ländern als nach Frankreich verboten.

Die von der Entente im obigen Sinne geplante Beltraktionierung der Kohlen wird geradezu unheilvolle Wirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben. Die Absicht der Entente, aus der deutschen Kohlenförderung noch über das Maß der vertraglich zu liefernden Menge weitere Kohlen nach außerdeutschen Gebieten auszuführen, dürfte zur Folge haben, daß die ohnehin drohende, aberaus drückende Kohlennot bei uns ins Unabsehbare gesteigert wird. Es wird deshalb die selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung sein, sich sofort mit Paris in dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen, um es über die Deutschland bevorstehenden Gefahren aufzuklären.

Einschränkung des Landabfahrs der Kohlen.

Nach der „Köln. Hg.“ steht der Erlass einer Verordnung bevor, durch die der sogenannte Landabfuhr der Kohlen erfüllt und geregelt werden soll. Danach wird künftighin der Bezug von Kohlen im Wege des Landabfahrs nur noch gegen besondere Scheine zulässig sein, die nur für die den Forderungen zugehörigen Versorgungsgebiete ausgestellt werden. Ferner sollen alle Kohlenzufuhren auf dem Landwege einer genauen Ueberwachung unterworfen werden.

Brennholz statt Kohlen.

Nach einer Berliner Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wird in aller nächster Zeit ein Erlaß an die preussischen Staatsförsterverwaltungen ergehen, unter besonderer Berücksichtigung des Holzbedarfes ein Drittel mehr als bisher abzuschlagen. Auch die Gemeinden und sonstigen Waldbesitzer sollen in ähnlicher Weise beeinflusst werden. Die Staatsförstern, welche bisher 1 1/2 Millionen Festmeter lieferten, würden demnach drei Millionen Festmeter mehr ergeben können, für die Gemeinde und Private etwa die Hälfte mehr.

Die Umwälzung in Ungarn.

Die Pläne des Erzherzogs Joseph.

Die Stellung des Erzherzogs Joseph ist noch nicht geklärt. In der Proklamation, die in Budapest angeschlagen worden ist, heißt es lediglich, daß die Ententemächte ihm die oberste Gewalt in Ungarn übertragen haben. Es verlautet, daß Erzherzog Joseph es vorläufig ablehnt, sich zum Regenten auszurufen zu lassen, daß er für eine republikanische Verfassung in Ungarn eintritt und sich zum Präsidenten der Republik wählen lassen will, um einen neuen Bürgerkrieg in Ungarn zu vermeiden. Ob es dabei bleiben wird und ob nicht auf Drängen der Adelpartei doch eine Regentschaft des Erzherzogs eingesetzt wird, muß sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Für unwahrscheinlich wird es gehalten, daß der Erzherzog lediglich die Rolle eines Platzhalters für Kaiser Karl übernehmen wird. Erzherzog Joseph selbst ist der Meinung, daß eine Wiederkehr der Habsburger nur möglich ist, wenn die Person des Kaisers Karl von vornherein ausgeschaltet wird.

England hatte mit Kaiser Karl verhandelt.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erfährt zur Befriedigung des Erzherzogs Joseph, daß die englische Re-

gierung zuerst mit dem früheren Kaiser Karl verhandelt habe. Dieser habe jedoch abgelehnt, da es ihm nicht nach Herrscherrechten gelüste und da es ihm trotz seiner reinen Absichten nicht gelungen sei, den Zusammenbruch der Monarchie zu verhüten. Auch hätte er sich nur schwer damit abfinden, als ehemaliger Kaiser und König nur mehr Bewerber Ungarns zu sein. Darauf seien von der englischen Regierung Verhandlungen angeknüpft worden, die die Vertrauenswürdigkeit des Erzherzogs Franz Ferdinand, des Sohnes des Erzherzogs Franz Ferdinand, mit der höchsten Macht im ungarischen Staate zum Ziele hatten, aber auch sie seien ergebnislos geblieben, worauf dann die Berufung des Erzherzogs Joseph erfolgte.

Die Bildung einer neuen Regierung.

Die neugebildete Regierung hat nach der Meinung informierter Kreise nur provisorischen Charakter. Das endgültige Kabinett soll erst durch Kobaszy als Ministerpräsidenten gebildet werden. Seine Betrauung durch Erzherzog Joseph wird erfolgen, sobald erst eine gewisse Klarheit darüber gewonnen ist, aus welcher Parteien eine lebensfähige Regierung gebildet werden kann, und ob eine Koalition mit den Sozialisten möglich ist.

Die Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung der Regierung der ungarischen Volksrepublik, betreffend das Wahlrecht zur Nationalversammlung sowie zu den Municipal- und Gemeindevertretungen. Wahlberechtigt ist jede männliche Person, die ihr 21. Lebensjahr vollendet hat und in irgend einer vaterländischen Sprache des Landes und Schreibens kundig ist. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt gemeindefreiwiese in unmittelbarer geheimer Abstimmung. Diese Wahlen erfolgen auf Grund des Verhältniswahlrechts.

Die Ententemaßnahmen gegen die Rumänen.

Nach einem Funkentelegramm aus Versailles an die neue ungarische Regierung hat die Friedenskonferenz die Entsendung einer militärischen Kommission nach Budapest beschlossen und zwar am ersten in Verhandlungen mit der ungarischen Regierung, zweitens um in Verbindung mit dem Kommandanten der rumänischen Armee zu treten, damit im Sinne der Beschlüsse der Friedenskonferenz die besetzten Gebiete vor roher und grausamer Behandlung geschützt werden, und drittens, um dem Kommandanten der Besatzungsarmee diejenigen Weisungen zu erteilen, die für die tatsächliche Okkupation durch die Truppen und für deren eventuelle Zurückziehung hinter die endgültig festzulegenden Grenzen notwendig sind. Nach einer zweiten Funkentendese besteht die für Budapest bestimmte militärische Mission außer dem englischen General Gordon, der sich bereits in Budapest befindet, noch aus dem französischen General Brajant, aus dem italienischen General Romoli und einem amerikanischen General. Sämtliche alliierten Truppen, die sich auf ungarischem Gebiete befinden, also auch die rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Truppen, sollen einer militärischen Mission unterstellt werden. In Budapest hofft man, daß durch die Unterstellung der rumänischen Truppen der neu ernannten militärischen Kommission vier Generale die rumänische Besatzung baldigst aufgehoben wird.

Bestimmung unter den Rumänen.

Die Nachricht von dem Beschluß des Obersten Rates in Paris, die nach Budapest gesandte Mission von Generalen mit dem Oberbefehl über sämtliche in Ungarn befindlichen Verbandsstreitkräfte zu betrauen, hat in politischen und militärischen Kreisen der Rumänen sehr verstimmend gewirkt. Der Besuch König Ferdinands in Budapest werde unterbleiben und der rumänische Oberkommandant werde zurücktreten. Der größte Teil der rumänischen Besatzungsarmee soll in den nächsten Tagen aus Budapest zurückgezogen werden.

Flucht des ungarischen Gesandten aus Wien.

Der ungarische Gesandte Böhm ist nach Verbrennung sämtlicher Geheimakten im Automobil aus Wien geflüchtet. Am Vormittag erschienen in der Gesandtschaft ungarische Journalisten und Offiziere, verprügelten das Gesandtschaftspersonal und warfen es aus dem Gesandtschaftsgebäude hinaus.

Die Durchführung des Friedens.

Das Verfahren gegen Wilhelm II.

Die Einzelheiten des Verfahrens gegen den vor-maligen deutschen Kaiser sollen nach Londoner Zeitungsangaben vor der Konferenz der Alliierten in Paris geregelt werden, die jedoch am nächsten Montag auf vierzehn Tage in die Ferien geht. Das Londoner deutschfeindliche Sensationsblatt „Daily Mail“ nimmt an, daß der Kaiser sich inzwischen mit der Frage seiner Verteidigung befaßt und mit deutschen Rechtsgelehrten deswegen in Verbindung getreten ist. Generaloberst von Falkenhahn hat dem höchsten Rat einen Brief überreichen lassen, worin er sich an Stelle Wilhelms II. zur Verfügung stellt, die von der deutschen Obersten Heeresleitung in der Zeit vom 4. September 1914 bis zum 29. August 1916 gegeben wurden.

Die Herabsetzung der Heeresstärke.

In Weimar finden derzeit Verhandlungen innerhalb des Kabinetts statt, die sich mit der Frage der Herabsetzung der Heeresstärke auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages befassen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, doch verlautet mit Bestimmtheit, daß das Kabinett auf den Vorschlag des Reichswehrministeriums an die Entente mit dem Ersuchen herantritt, auf die Verminderung der Heeresstärke Deutschlands auf 200 000 Mann nicht zu bestehen, sondern der deutschen Regierung zu gestatten, ein größeres Heereskontingent unterhalten zu dürfen. Dieses Ersuchen soll damit begründet werden, daß in Deutschland die Ruhe und Ordnung mit der nach dem Friedensvertrag vorgeesehenen Heeresmacht sich nicht aufrechterhalten lassen würde und daß die Entlassung so großer Mannschafsstände und so zahlreicher Offiziere sich nicht so

Sach durchführen muß, ohne daß es dadurch nicht zu inneren Schwierigkeiten hätte abgesehen davon, daß bei den jetzigen schweren Erwerbsmöglichkeiten es fast unmöglich sei, den abgerüsteten Massen sofort die nötige Lebensversorgung zu verschaffen. Das Kabinett hofft, in dieser Frage zu mündlichen Verhandlungen mit der Entente zu kommen und die Ententevertreter von der Notwendigkeit der Erhaltung eines stärkeren Heereskontingentes zu überzeugen.

Fransösisches Beschlagnahmegericht in deutschen Fabriken?
Der französische Minister Doumer, der sich in Lille aufhält, erklärte dort vor der Handelskammer, durch Wegnahme geschädigter Industriellen könnten in deutschen Fabriken Maschinen bis zu 30 Prozent des Bestandes beschlagnahmt werden. Die Fabrikanten hätten außerdem das Recht, neues Material in Deutschland zu bestellen, das mit einer Spezialmarke versehen werde.

Japans Anspruch auf Schantung.
In der „Times“ veröffentlicht die japanische Botschaft in London eine Erklärung des japanischen Ministers des Aeußenen Uchida, in der daran erinnert wird, daß die japanische Regierung in einem am 15. August 1914 an die deutsche Regierung gerichteten Ultimatum die bedingungslose Auslieferung des ganzen Pachtgebietes von Kiautschou an Japan bis spätestens 15. September 1914 verlangte und zwar in der Absicht der schließlichen Rückgabe dieses Gebietes an China. Japan sei willens, China das ganze fragliche Gebiet zurückzugeben und mit der Regierung in Peking über die zur Durchführung seiner Verpflichtungen notwendigen Regelungen in Verhandlung zu treten, und zwar sobald nach der Ratifizierung des Verfallenen Vertrages durch Japan möglich ist. Auch habe es nicht die Absicht, irgendwelche Rechte, die die territoriale Souveränität Chinas in der Schantungprovinz betreffen, zu erheben oder zu beanspruchen. Die Bedeutung der Ratifizierung des Verfallenen Verfalles vom 5. Mai, daß es die Politik Japans sei, die volle Souveränität über die Schantunghalbinsel an China zurückzugeben und nur die Deutschland gewährten Privilegien zu erhalten, müsse allen klar sein. Sobald eine Einigung zwischen Japan und China über die Rückgabe Kiautschous erreicht sei, würden die japanischen Truppen, die jetzt Kiautschou und die Hsinan-su-Eisenbahn besetzen, vollständig zurückgezogen werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 8. August 1919.

Der Entwurf eines Betriebsrätegesetzes ist vom Reichsministerium angenommen worden. Er geht nunmehr an den Staatenschauschuß und wird sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden.
Reichswehrminister Noske hat sich zu kurzem Erholungsaufenthalt nach Baden-Baden begeben.
Die bereits versandfertigen Denkschriften des Großadmirals V. Tirpitz sind in der letzten Stunde aus dem Buchhandel zurückgezogen worden.
Der Ausschuß des belgischen Bergarbeiterbundes lehnt es ab, die Beziehungen zu den deutschen Bergleuten wieder anzuknüpfen.
Nach einer Pariser Meldung soll der ehemalige Sekretär der Berliner Botschaft Hermitte beauftragt sein, bis zur Ernennung des neuen Botschafters die französischen Angelegenheiten in Berlin zu besorgen.

Zur Vorgeschichte der Abdankung des Kaisers veröffentlicht die „Deutsche Volkzeitung“, das Organ der Deutsch-Hannoverschen Partei, einen Brief Scheidemanns vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichszankler Prinz Max von Baden, in dem Staatssekretär Scheidemann unter Hinweis darauf, daß durch das Jenseitverbot der Öffentlichkeit die Möglichkeit genommen sei, durch Erörterung eine Frage zu klären, die zu einer „brennenden Schicksalsfrage“ des deutschen Volkes geworden sei, zu folgenden Forderungen kommt:

„Aus diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichszankler bitten, Seiner Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten. Zur Begründung wird u. a. ausgeführt: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn die im Deutschen Reich vollzogene Veränderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird.“

General von Deinling für Erzberger. Der bekannte Afrika-Kämpfer, General der Infanterie von Deinling hat an den Reichsminister Erzberger ein Schreiben gerichtet, in dem er davon ausgeht, daß er, als er im Jahre 1907 mit den Totentritten einen Vierstündigen Friedens geschlossen hatte, im Reichstag und in der Presse von den Alldeutschen und von Kriegsjournalisten angegriffen wurde, während Erzberger der einzige gewesen sei, der für ihn eintrat. Am Weltkrieg sei Erzbergers Verständlichungspolitik gescheitert an der heillosen Verblöndung der Obersten Heeresleitung, aber auch an der Schwachheit des Reichstages und an der Charakterlosigkeit der Reichszankler. Einsichtigen Truppenführern an der Front sei klar gewesen, daß man gegen die ganze Welt unmöglich auf die Dauer stehen könne. Man atme heute ordentlich auf, daß endlich die Wahrheit ans Licht kommen solle. Rückblickslos müsse mit dem Scheinwerfer in die verborgensten Winkel hineingeleuchtet werden. Das deutsche Volk brauche die Wahrheit, und wenn es über Leichen ginge.

Das Offizierenschädigungs-gesetz. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung setzte die Beratung des Offizierenschädigungs-gesetzes unter Zugrundelegung eines gemeinsamen Antrages der Sozialdemokraten und des Zentrums fort. Der § 2 wurde gefaßt: „Offiziere mit einer aktiven Dienstzeit von mindestens zwölf vollen Jahren erhalten die Pension, die ihnen bei Vorliegen der gesetzmäßigen Voraussetzungen zu gewähren wäre. Offiziere, die nicht das dienstfähige Dienstverhältnis bis zum Brigadekom-

mandat ausdrücklich aufhört haben, beziehen bis zu der vorgesehenen Pension eine Uebergangszulage; ihr Betrag darf mit der Pension zusammen drei Viertel des pensionsfähigen Dienstverdienstes nicht übersteigen.“ In demselben Paragraphen wird dann ausgesprochen, daß die Uebergangszulage an verheiratete Offiziere fünf Jahre, an die übrigen in Betracht kommenden Offiziere drei Jahre gewährt wird. Antraggemäß wurde dann bei § 3 beschlossen, daß Offiziere mit einer aktiven Dienstzeit von weniger als zwölf Jahren die Gehaltsklasse erhalten, die sie im Falle einer vorübergehenden Wehrtaubung erhalten hätten, und zwar bei einer Dienstzeit von weniger als fünf vollen Jahren auf die Dauer eines Jahres, bei einer Dienstzeit von mehr als fünf Jahren und weniger als acht Jahren auf die Dauer von zwei Jahren und bei einer Dienstzeit von mehr als acht Jahren bis zwölf Jahren auf die Dauer von drei Jahren. Mit Zugunahme auf den vorstehenden § 3 wurde im § 10 ausgesprochen, daß Offiziere wegen Verminderung der Wehrmacht gegebenenfalls auf Antrag hin nach den allgemeinen Vorschriften pensioniert werden können. Ist ein Anspruch auf Pension nicht begründet, so kann dem Offizier für die Dauer und nach dem Grade des Bedürfnisses eine Beihilfe gewährt werden. Diese darf den Betrag der Pension nicht übersteigen, der dem Offizier bei Vorliegen der Dienstunfähigkeit zustehen würde.

Der Wiederaufbau. Der unabhängige Volksrat in Berlin beschäftigt sich augenblicklich mit der Frage der Arbeitsvermittlung für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien. Er ist der Ansicht, daß ihm bei der Anwerbung und dem Abbruch von Betrieben mit der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden müsse. Infolgedessen sind Verhandlungen, mit den Gewerkschaften angeknüpft worden, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Der S. P. D. Volksrat ist zu dem Beschluß gelangt, einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft zu erlassen, um die benötigten Handwerker und ungelerten Arbeiter — man rechnet mit einem Bedarf von 60 000 Mann — zur Meldung zu veranlassen.

Gegen das Rindholzmonopol. In den Kreisen der deutschen Rindholzfabrikanten macht sich ein großer Widerstand gegen das von der Nationalversammlung angeregte Rindholzmonopol bemerkbar. Sie erblicken in der geplanten Monopolisierung der Rindholzfertigung nur volkswirtschaftliche Nachteile, und zwar nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Masse der Konsumenten. Die Herabsetzung der Ertragsmittelbestimmung würde die beabsichtigte Erhöhung der Einnahmen aus den Rindholzern illusorisch machen. Die Rindholzindustrie erwartet deshalb im allgemeinen Interesse von der Nationalversammlung die Annahme der ursprünglichen Regierungsvorlage, durch welche auch die Exportmöglichkeiten vollständig gewahrt werden.

Die Widerständigkeit der Rumänen.

Der Oberste Rat hat sich dem Standpunkt des amerikanischen Vertreters Poll angeschlossen und gleichfalls die Eigenmächtigkeit Rumaniens mißbilligt. Die Befehung der ungarischen Hauptstadt durch rumänische Truppen und die Aufstellung der Waffenstillstandsbedingungen ohne vorherige Fühlungnahme mit der Friedenskonferenz werden als eine Eigenmächtigkeit Rumaniens betrachtet, die der Oberste Rat nicht dulden kann. Falls die in Bukarest erteilte Warnung ergebnislos bleiben sollte, ist ein Kollektivschritt der alliierten Großmächte geplant, durch den Rumänien gezwungen werden soll, sich in der ungarischen Frage der Entscheidung der Friedenskonferenz zu unterwerfen.

Die rumänischen Militärbehörden haben den Forderungen die Veröffentlichung der an die ungarische Regierung gerichteten Antwortnote der Entente, in der die Entsendung von vier Generalen nach Budapest angedeutet wird, verboten. Die Ententevertreter in Budapest haben entgegen dem rumänischen Verbot die Note in den Straßen der Hauptstadt in Plakaten anschlagen lassen.

Einzug der Siegediner Truppen in Budapest.

Die ersten Truppenkontingente der Siegediner Regierung sind unter den Klängen der alten ungarischen Nationalhymne mit Fahnen und Standarten in Budapest eingezogen. Die Hauptmacht soll am Sonntag in Budapest eintreffen.

Rundschau im Auslande.

Oesterreich: Die österreichischen Gegenanträge.

Der Oberste Rat der Alliierten befäßt sich zurzeit mit der Prüfung der österreichischen Gegenanträge. Wegen des Anschlusses von Deutsch-Böhmen an die Tschechoslowakei und gegen die für Italien festgelegte Nordgrenze wird in den Gegenanträgen kein Widerspruch mehr erhoben, dagegen protestieren die Desterreicher gegen die Entscheidung der Alliierten über das Wesen von Klagenfurt und verlangen die Umgrenzung dieser Provinz in der Weise, daß die Grenze dem Laufe der Drau folgen müsse. Dr. Renner schlägt vor, die Lösung des Finanzproblems der Entente zu überlassen und fordert die Alliierten auf, die Finanzverwaltung Oesterreichs zu übernehmen, damit sie sich einwandfrei davon überzeugen können, daß Oesterreich unmöglich wie gefordert zahlen könne. In Konferenzen erwartet man, daß die österreichische Antwort rasch geprüft werden wird. Daraufhin soll gemäß dem bereits für den Vertrag mit Deutschland angenommenen Verfahren der endgültige Text der österreichischen Delegation überreicht werden, die wahrscheinlich fünf Tage Zeit für die Antwort bekommen wird.

England: Britische Finanzsorgen.

Chamberlain gab im Unterhause eine sehr ernste Erklärung über die finanzielle Lage ab. Er sagte: Wenn die Ausgaben nicht vermindert werden und die Produktion nicht vermehrt wird, so geht das Land geraden Wegs dem Bankrott entgegen. Das einzige Heilmittel für den unglücklichen Stand der Saluta sei, die Einfuhr zu vermindern und die Ausgabe nach den Löhnen zu vermindern, die bar zahlen können. Man werde der Lage Herr werden können, wenn das Volk den Schwierigkeiten gelinigt und mit Patriotismus tegegne. — Das Unterhaus hat dem Gesetzentwurf an verschiedene Befehlsgeber zur See und zu Lande im Gesamtbetrag von 885 000 Pf. Sterling, darunter je 100 000 Pf. für Hagley und Denny zugestimmt.

Türkei: Türkenaufrüstung in Armenien.

Im südlichen Armenien ist unter der Führung eines türkischen Obersten ein Aufrüstungsbewegungs, wodurch der Eisenbahnverkehr nach dem Norden unterbrochen wurde. In Karz treten Agenten auf, welche einen Angriff der Türken, Tataren und Kurden auf die neue armenische Republik vorbereiten. Bolschewistische Agenten sollen mit dem alten türkischen Komitee für einseitigen Fortschritt an dieser Bewegung zusammenarbeiten.

Frankreich: Barthous Bericht im Friedensauschuß.

Der Friedensauschuß der französischen Kammer hörte den Generalbericht des Abgeordneten Barthou an, der schließlich mit 30 gegen 2 Stimmen (Franklin-Bouillon und Poulis Marin) genehmigt wurde. Es haben also 28 Mitglieder des Ausschusses an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Bericht macht für den Krieg Kaiser Wilhelm Verantwortunghaft. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuziehen sei, sei, daß er das Werk Bismarcks nicht zerstört. Im Gegenteil, die deutsche Einheit sei vertieft und durch den Vertrag formell anerkannt worden. In gleicher Zeit aber sei der Völkerbund gegründet worden. Er könne auf keinen Fall ein Äquivalent bieten, daß man Deutschland nicht in seine Bestandteile zerlegt habe, aber wenn er in seiner jetzigen Gestalt nicht alle Spinnungen erfüllen könne, sei das nicht die Schuld Frankreichs. Der Vertrag von Versailles lasse, was seine Grundlage betreffe, eine gewisse Einheit vermissen und in der Form eine gewisse Klarheit. Was ihn auszeichne, sei, daß er den

Nationen das Recht, über sich selbst zu verfügen, haben gegeben wollen, daß er den preußischen Militarismus vermindere, den Völkerbund gelinde und den niedergedrückten Völkern das Leben und die Unabhängigkeit wiedergebe. Jetzt müsse seine Ausführung überwacht werden. Es müsse Deutschland unmöglich gemacht werden, wieder Schäden anzurichten.

England: Die Wirtschaftskrise in England.

Ueber die Unruhe in der englischen Arbeiterwelt, die trotz aller englischen offiziösen Berichte noch immer weiter um sich zu greifen scheint, sagt „Daily News“, daß die Lage sehr kritisch werden dürfte. Kamentlich sei zu befürchten, daß die Unzufriedenheit unter den Kostomotivarbeitern sich in Taten umsetzen könnte, und daß die Hafenarbeiter von Liverpool ihre Entschliegung, die streikenden Postkisten zu unterstützen, zur Ausführung bringen. In London sind im ganzen jetzt 1075 Postkisten im Auslande. Auch auf der Untergrund- und in den Borsod-Bahnen dauert der Ausstand fort. Von den Bäckern streiken in London ungefähr 20 000. Zurzeit arbeiten nur die kleinen Bäckereien, während fast alle großen Brotfabriken ihre Betriebe einstellen mußten. Es ist klar, daß die kleinen Bäckereien dem Kleinstbedarf des Landes, vor allem der Hauptstadt auf die Dauer nicht genügen können, und es dürfte in wenigen Tagen damit zu rechnen sein, daß England unter einem ernststen Brotmangel leidet. Der Streik der Grubenarbeiter in Yorkshire dauert gleichfalls an. Der Herd der Unruhe befindet sich nach wie vor in Liverpool. Baldig kommt es zu ernststen Tumulten, und die Ernährungsnotwendigkeiten wachsen von Stunde zu Stunde.

Verenigte Staaten: Die Mehrausgaben für die amerikanischen Eisenbahnen.

Der Eisenbahnminister teilte mit, daß jeder einzelne Cent, den die Arbeiter pro Stunde erhalten, eine jährliche Ausgabe von 50 Millionen Dollars erfordert, daß also die von den Eisenbahnarbeitern verlangten 5 Cent mit den Ueberstunden jährlich 800 000 Mill. Dollars kosten, während durch die Herabsetzung der Arbeitsstunden ein weiterer Verlust von 500 000 Millionen Dollars statünde. Die Arbeiter in den Schiffswerften und Arsenalen verlangen einen Lohnzuschlag von 88 bis 80 Cent. Die Regierung der Vereinigten Staaten prüft gegenwärtig die Lage der Nahrungsmittelpreise. Einige Minister schlagen vor, den Verkaufspreis für Getreide, den die Regierung mit 2,26 garantiert hatte, auf 1,26 Dollars herabzusetzen. Das würde dem Staat eine Milliarde Dollars kosten. Infolge der ersten Lage, die durch die Streiks und die Lebensmittelkürzung in den Vereinigten Staaten hervorgerufen ist, wird Wilson seine Propagandareise für den Friedensvertrag und das französische Garantieabkommen verschließen. Das wird eine erhebliche Verögerung der Ratifikation durch die Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Ins Stadt und Land.

Der Rest unserer Handelsflotte. Wir besaßen bekaunlich am 1. Januar 1913 eine Flotte von 4850 Schiffen jeder Größe mit insgesamt 4 935 909 Bruttoregister-tonnen. Wir behalten mit den Schiffen bis 1000 Tonnen 3649 Schiffe mit zusammen 689 263 Bruttoregister-tonnen Rauminhalt und mit den Schiffen über 1000 Tonnen 106 Schiffe mit zusammen 485 673 Bruttoregister-tonnen. Alles in allem also behält Deutschland 3755 Schiffe mit 724 944 Bruttoregister-tonnen. Das Endergebnis ist ein Verlust von über 4 Millionen Bruttoregister-tonnen, das ist mehr als vier Fünftel unseres gesamten Schiffsraumes, der nicht ganz genügt, um unsere Offsee-Schiffahrt mit eigenem Frachttraum zu betreiben.

Panzerautomobile gegen Diebe. Da verschiedene Gemeinden in Sachsen infolge zu hoher Kosten sich nicht entschließen können, Einwohnerwehren zu bilden, andererseits aber die Diebstähle und Plünderungen auf dem Lande immer mehr zugenommen haben, hat das sächsische Ministerium in aller Stille fliegende Gen darmen erichtet. Diese Wachen sind stets alarmbereit und mit den durch den Weltkrieg als so modern gewordenen Kampfmitteln (auch Panzerautomobilen) ausgerüstet.

Billiges Schweinefleisch? Auf dem August-Schweinemarkt in Kassel ist ein beträchtlicher Preissturz eingetreten. Saugferkel und Lausfer Schweine waren um 100—200 Prozent billiger als auf den früheren Monatsmärkten. Ein erheblicher Teil ist unverkauft geblieben.

Wer am 30. Juli von Newhoer abgegangene Dampfer Alfred Nobel der Hans Steamship Line bringt 2748 Säcke Briefpost aus Amerika mit. Die Ankunft in Hamburg ist Mitte August zu erwarten.

Auf Befehl der Befehlungsbehörde wurde der Redakteur der Neuesten Nachrichten in Oberstein verhaftet und in das Gefängnis nach Birkensfeld gebracht.
Der Führer der bolschewistischen Streitmacht in der Ukraine, Hetman Schegorjew, wurde von dem Kommandanten einer anderen bolschewistischen Truppe erschossen.

Fürst Ljubow und Zaritz Spendete der Stadt Regen-burg weitere 100 000 Mark für Lebensmittelbeihilfe.

Das Sidexilhaus in Vaußen am Riedar wurde von dem Besitzer, einem reichen Weinbändler, trotz des Befehls der Erhaltung in aller Stille bis auf den Grund niedergebrannt.

Vermischtes.

Ein Dankopfer. Weil sein Sohn aus dem Weltkrieg glückselig und unbeschädigt zurückgekehrt ist, stiftete der weimarische Staatsrat Rüdiger der Stadt Eisenach 100000 Mark. Die Stiftung soll der Verschönerung der Stadt dienen.

250 Millionen Kronen unterschlagen. In Wien ist ein gewisser Adolf Polany wegen Unterschlagung einer Viertelmilliarde Kronen verhaftet worden und zwar auf einen Antrag, den noch die ungarische Räteregierung gestellt hatte. Polany war der ungarischen Liquidationsabteilung zugeordnet und hatte Aktien sowie andere Wertpapiere, die von der ungarischen Räteregierung beschlagnahmt waren, unterschlagen.

Ein himmelstreichender Standal. Im „Berl. Tagebl.“ ist nachfolgendes Interat enthalten:

Verdorbene Salzheringe,
für technische Zwecke zu verwenden, bietet
in Mengen bis zu 100000 Tons an
Kochher, Hamburg, Brahmstraße 27.

Man muß erwarten, daß sich das Reichswirtschaftsamt mal mit dieser Angelegenheit befaßt und feststellt, warum der Verkauf solange aufgeschoben wurde, bis die Fische verdorben waren.

Verliches und Sächsisches.

Die von der Amtshauptmannschaft gemeinschaftlich mit der Stadt Dippoldiswalde erlassene Bekanntmachung über die Beseitigung von Tierkadavern ist in letzter Zeit wiederholt übertreten und dadurch dem Fleischmehlhersteller Doppel Schaden zugefügt worden. An die Beachtung dieser Bestimmungen wird daher mit dem Hinweis erinnert, daß der Säumige für den entstehenden Schaden aufzukommen und Strafe zu gewärtigen haben wird. Insbesondere möchten die Besitzer solcher Kadaver für schleunige Benachrichtigung Doppelts, besonders während der heißen Sommermonate, Sorge tragen. Die Abhäutung der Kadaver ist verboten.

Der beim hiesigen Gericht angestellte Herr Altuar Seidel ist zum Gerichtsekretär befördert worden.

Sonntag den 17. August nachm. 4 Uhr soll in Ripsdorf Missionsfeier des Dippoldiswalder Zweigmissionsvereines und des Frauenmissionsvereines gehalten werden, bei schönem Wetter im Walde, sonst in der Kirche. Diesmal soll zugleich des 100jährigen Jubiläums des Sächsischen Hauptmissionsvereines gedacht werden, der am 16. August 1819 gegründet wurde. Den Hauptvortrag wird Herr Missionar Hauptmann aus Wangel in Ostfriesland halten.

**Weitere Vergnügungsanzeigen
stehen in der Beilage.**

**Jünglingsverein
Dippoldiswalde.**
Sonntag abends 8 Uhr
Hauptversammlung.
Alle Mitglieder verpflichtet
zu kommen.

**Militär-Verein
Reinhardtsgrimma u. U.**
Sonntag den 10. August
nachmittags 5 Uhr
Vereins-Serfassung.
Um gute Beteiligung er-
sucht
d. S.

**Verzehrungs-
halber.**
Wer wechselt Wohnung in
Raasdorf, Schmiedeberg oder
Ripsdorf gegen freundliche
Wohnung in Dresden-Plauen.
Offerten an H. S., Villa
Johanna, Buschmühle bei
Schmiedeberg.

5000 M.
als Hypothek auf Hausgrund-
stück für sofort gesucht. Off. unt.
H. A. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.
Orden-
liches **Hausmädchen**
in gute Stelle nach Berlin
gesucht. Meld. Ripsdorf, Haus
Wald Ed. Altenberger Str. 34.
Junges **Mädchen** als
Aufwartung
gef. Freiberger Platz 229, I.
**Heidelbeeren und
grüne Bohnen**
empfiehlt
Illgen, Altenberger Straße.

„Bipifax“,
Wollblutbengst, steht
zum Decken.
Vorherige telefonische Anmeldung erwünscht.
Rittergut Serrentz.
Dienstag abends 8 Uhr
Henny Porten

**Reise-Blüschende
gefunden.**
Abud. Nikolajstr. Nr. 190.
Suche für 1. Oktober für
mein Geschäft junges
Mädchen,
Näherkenntnisse erwünscht.
Frau M. v. Zimmermann,
Gartenstraße.

**Einige Scheffel
Wiese**
in der Nähe der Stadt zu
kaufen gesucht. Angebote
unter Z. 30 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

**Kriegsanleihen und
andere Wertpapiere**
kaufen von 100 Mark bis
500000 Mark gegen bare Rasse
Kuntz & Co., Bank u. Kommissions-
geschäft, Chemnitz, Wilsdruff 24, Fern 1429.

ff. Schellfisch
frisch eingetroffen, ein Pfund
1,05 M., bei Medrabnahme
billiger, empfiehlt Max Wolf.
**Eine Küchen-
einrichtung**
(1 Schrank, 1 Tisch, 2 Stühle,
1 Küchenschrank,
1 Handtuchhalter)
**Haus Pfutz,
Dippoldiswalde**

Dreitagiger
Maninchenstall
zu verl. Reichstädt Nr. 119.

„Bipifax“,
Wollblutbengst, steht
zum Decken.
Vorherige telefonische Anmeldung erwünscht.
Rittergut Serrentz.
Dienstag abends 8 Uhr
Henny Porten

Döbra. Der vergangene Montag brachte für Döbra und die umliegenden Ortschaften etwas selten Schönes. Unter Herr Reichshullehrer Reihner veranstaltete mit den Kindern von Döbra und Berthelsdorf ein Schulfest verbunden mit der Weihe einer von ihm gestifteten Schulfahne. Ein größerer Festzug bot in sinnig zusammengestellten Gruppen Bilder aus Döbras vergangenen und jetzigen Tagen dar. Auf der Festwiese war für Belustigungen aller Art gesorgt. Abends gaben Mitglieder der früheren Kapelle des Schützenregiments 108 ein Konzert im Bodenschen Gasthose, an das sich ein Längchen schloß.

(vsz.) Dresden. Nach Mitteilung des Wirtschaftsministeriums hat die Bundesfleischstelle mit Rücksicht auf das gegenwärtig große Angebot von Ferkeln und Lauserschweinen und um die Ferkelzucht nicht zu gefährden, die Kommunalverbände angewiesen, Ankaufsbefreiungen für Schweine unter 25 Kilogramm Lebendgewicht in weitestgehendem Maße auszustellen. Die Kommunalverbände sind daher in der Lage, entsprechende Anträge in kürzester Zeit zu erledigen.

Sachsen. Ihr 50jähriges Jubiläum begeht am Sonntag den 10. August die hiesige Freiwillige Feuerwehr. Aus diesem Anlaß findet eine schöne Feier statt, zu der zahlreiche auswärtige Gäste erwartet werden.

Srimma. Bürgermeister Sobek tritt am 1. Oktober in den Ruhestand. Da der neue Bürgermeister keine Wohnung finden konnte, bleibt nichts anderes übrig, als ihm die weitere Benutzung der jetzigen Amtswohnung des Bürgermeisters, die man für städtische Büroräume in Aussicht genommen hatte, zu gestatten.

Burgstädt. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Rochlitz beschloß in seiner letzten Sitzung für 100000 Mark neue Kleinlehdgutscheine für 10 Pf. auszugeben.

Chemnitz. Am 7. und 8. August haben hier Demonstrationen gegen die Lebensmittelnot stattgefunden, die einen aufrührerischen Charakter annahmen. Vor den Wohnungen des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters, des Polizeidirektors und den Geschäftsräumen der Tageszeitungen fanden lärmende Kundgebungen statt, ja abends in der 8. Stunde wurde auf der Weillnerstraße eine Handgranate geworfen, wobei 10 Personen, darunter 3 Kinder verletzt wurden; einige Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Wer die Handgranate geworfen, wurde noch nicht festgestellt. — Auf Grund dieser Vorgänge wurde über Chemnitz der verschärfte Belagerungszustand verhängt.
— Ueber die Unruhen in Chemnitz am Freitag berichtet

die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ weiter folgendes: Freitag mittag trafen Reichswehrtruppen von oswärts ein. Am Bahnhof erwirkte ein Feuergefecht der Reichswehrtruppen gegen die Demonstranten, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Zur Stunde, nachmittags drei Uhr, befindet sich der Hauptbahnhof in den Händen der Menge. Die Reglertruppen haben sich vorläufig auf die Geleise zurückgezogen. Im Laufe des Freitags wurde das Lebensmitteldepot von der Menge gestürmt. Die Arbeiterkassette fast aller industriellen Betriebe hat die Arbeit niedergelegt.

Schwarzberg. Die Stadtverordneten beschloßen einstimmig, Bürgermeister Hopp: die Kriegsjahre doppelt als Dienstjahre anzurechnen; ferner wählen sie Stadtrat Nibel als stellvertretenden Bürgermeister und bewilligten 110000 M. zum Bau einer Stadtbibliothek, deren Ausführung der Chemnitzer Eisenbetongesellschaft übertragen wurde. — Am 15. d. M. erfolgt die Einverleibung der Gemeinde Neuwelt in den hiesigen Stadbezirk.

Niederlungwitz. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde bestimmt, daß die Gemeindeobstbäume einzeln verpflanzt werden und nur an solche Ortsanwohner, die selbst kein Obst besitzen.

Oberwartha. Der Antrag eines Mitgliedes des Gemeinderats, die Erhebung einer Kurtaxe für Oberwartha betreffend, wurde in der letzten Gemeinderatsitzung abgelehnt.

Kau. Der Fräzer Seifert aus Unterföhrengrün wurde in der Krämerischen Wollfabrik in Rochlitz durch einen abgesprungenen Treibriemen so heftig an den Kopf geschlagen, daß er auf dem Wege zum Arzte verschied.

Auerbach i. B. Zur Sozialisierung des Begräbniswesens ist hier insofern ein beachtlicher Schritt vorwärts getan worden, als ein besonderer Ausschuß eingesetzt und diesem die Aufgabe gestellt wurde, das Begräbniswesen in die Bewirtschaftung der Gemeinde überzuführen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Antrag gestellt und angenommen, die Anlage eines Urnenheimes auf dem neuen Friedhofe in die Wege zu setzen und baldigst durchzuführen. Da der Bau eines Krematoriums in Auerbach für die nächste Zeit kaum in betracht kommt, machte der juristische Vertreter des Stadtrates darauf aufmerksam, es sei Geschickswort, daß die Urnen auf kirchlichen Friedhöfen nur unter der Erde beigesetzt werden dürfen, die Anlage des Urnenheimes also erst nach der Sozialisierung des Begräbniswesens geschehen könne.

Steinbruch.

Wittwoch den 13. August
**großes Konzert
und Ball.**

Auktion.

Dienstag den 12. August mittags 1 Uhr werden in Ripsdorf, Waldburg, verschiedene Wohnungseinrichtungsgegenstände durch den Ortsrichter versteigert.

Gemeinden oder Vereinen
ist Gelegenheit ge-oten, sich am Waggonbezug von
Speck, Schmalz u. Zucker
zu beteiligen. Speck ungefähr 2,50—3 M. f. d. Pfd., reiner Schmalz ungef. 10—10,50 M. f. d. Pfd., Zucker ungef. 4,50 M. f. d. Pfd. Aufträge sind bis Sonntag den 10. 8. einzureichen.
Alles Nähere bei Paul Lang, Dönschten.

Lehmziegel

hat abzugeben
Dampfziegelei Strichbach.

Ich suche für 1. September ein ordentliches und fleißiges
**Haus-
mädchen,**

nicht unter 18 Jahre alt, das schon bei Herrschaften in Stellung war und sich durch gute Zeugnisse über Brauchbarkeit ausweisen kann. Persönliche Vorstellung ist erwünscht. Frau Fabrikbesitzer Max Geißler, Dorfstein, Bez. Dresden. Post- und Bahn-Station Edle Krone.

Billigere deutsche
Feinseifen.
Die Oberabschnitte der Seifenarten bitte schon jetzt bei mir gegen Gutschein abzuliefern.
Fern. Lommatsh, Drogerie u. Aesalien.

Kolonialwarengeschäft
mit Grundstück auf dem Lande, ev. Sommerfrische oder Kurort zu kaufen gesucht. Ausf. Angeb. unter „J. 109“ an Haasenstein & Vogler, Dresden erbeten.

Frisch gebrannten
Herm. Weißkalk
empfiehlt Richard Vieh. Hierzu eine Beilage

Dienstag abends 8 Uhr
Henny Porten

Steinbruch
Sonntag von 4 Uhr an
öffentliche Tanzmusik,
wozu freundlich einladet
C. Schwind.

Reichskrone.

Heute Sonntag von 4 Uhr an
große Ballmusik.
Es ladet ergebenst ein
Kdolf Mittag.

**Gasthof zur
Frankenmühle**

Überndorf.
Heute Sonntag von nachmittags 4 Uhr an
feine Ballmusik.
Es ladet freundlich ein
Guido Gayig.

Niederer Gasthof Reichstädt.

Sonntag
feine Ballmusik,
Anfang 4 Uhr,
wozu ergebenst einladet
Ernst Schäfer.

**Erbgericht
Höckendorf.**

Größtes Tanz-Etablissement.
Morgen Sonntag den 10. August von 4 Uhr an
feiner Ball.
Dazu ladet freundlich ein
Emil Oppelt.

**Jugendverein „Immergrün“
Höckendorf**

hält Sonnabend den 9. August
Fränzchen.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. D. S.

Ämtliche Bekanntmachungen

Verbrauchs- u. Mahlvorschriften für Selbstversorger und Vorschriften für Mühlen und sonstige Betriebe, die Brotgetreide und Gerste für Selbstversorger verarbeiten.

Gemäß der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 — Reichsgesetzblatt Seite 535 — wird folgendes bestimmt:

§ 1. Als Selbstversorger gelten der Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Angehörigen seiner Wirtschaft, Naturalberechtigte, soweit sie als Lohn oder Selbstbedingte (Mittelteil, Auszug, Ausgedinge, Leibzucht) Brotgetreide, Gerste oder daraus hergestellte Erzeugnisse zu beanspruchen haben, ferner alle im landwirtschaftlichen Betrieb ganz oder überwiegend beschäftigten Personen während der Dauer der Beschäftigung, sowie deren Angehörige, soweit sie mit ihnen im gleichen Haushalt leben und nicht in anderen Betrieben beschäftigt sind.

Die Selbstversorger haben die ihnen nach § 5 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes „Beschlagnahme der Getreideernte 1919“ vom 28. 7. 1919 zustehenden Früchte gesondert von ihren sonstigen Vorräten aufzubewahren.

§ 2. Wer Brotgetreide und Gerste zu Mehl, Schrot, Gries, Gröhe, Graupen, Floden und ähnlichen Erzeugnissen, sowie zu Futtermitteln verarbeiten lassen will, bedarf hierzu der Ausstellung eines Erlaubnisscheines (Mahl- und Schrotkarte) nach dem vorgeschriebenen Muster.

§ 3. Die Mahl- und Schrotkarten werden vom Tage der Ausstellung ab für den Bedarf von längstens zwei Monaten ausgestellt. Sie sind von den Ortsbehörden auszufüllen und dem Kommunalverband anstelle des Antrags auf Ausstellung einzureichen. Sie erhalten ihre Gültigkeit erst durch Abstempelung seitens des Kommunalverbandes. Vor Aushändigung der Karte an den Selbstversorger ist der Tag der Ausstellung und die Menge der zur Verarbeitung freigegebenen Früchte von den Ortsbehörden in die Selbstversorgerliste einzutragen.

Die Erlaubnisscheine sind nur für den darauf bemerkten Zeitraum gültig. Auf Grund eines Erlaubnisscheines, dessen Gültigkeitsdauer abgelaufen ist, darf Brotgetreide und Gerste nicht mehr zur Verarbeitung in Betrieben übergeben und nicht mehr von Betrieben angenommen werden.

Nur im Falle eines dringenden Bedürfnisses kann mit Genehmigung des Kommunalverbandes der Fristenablauf und die zur Verarbeitung freigegebene Menge auf einen Zeitraum bis zu 4 Monaten erstreckt werden. Will ein Selbstversorger seinen Verbrauch vorübergehend einschränken um später entsprechend größere Mengen verbrauchen zu können, so hat er seine Ersparnisse in Erzeugnissen (Mehl, Schrot usw.) anzubewahren. An Futtermitteln dürfen innerhalb von zwei Monaten auch die Mengen verarbeitet werden, die in vergangenen Monaten erspart worden sind.

§ 4. Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sind nur berechtigt, bei denjenigen Betrieben (Mühlen usw.) das ihnen zur Selbstverarbeitung zulehrende Brotgetreide und die Gerste mahlen, schrotten oder sonst verarbeiten zu lassen, die ihnen vom Kommunalverband angewiesen sind und deren Namen auf der Wirtschaftskarte eingetragen sind. Ein Wechsel ist nur mit vorheriger Genehmigung des Kommunalverbandes zulässig. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn ein besonderer Grund zum Wechsel glaubhaft gemacht und kein Verdacht besteht, daß der Wechsel nur vorgenommen wird, um den Selbstverbrauch an Brotgetreide und Gerste der Kontrolle zu entziehen.

§ 5. Auf den Mahl- und Schrotkarten ist der Name des Betriebes einzutragen, der sich aus der Wirtschaftskarte als zuständig zur Verarbeitung des Brotgetreides und der Gerste für den Selbstversorger ergibt; nur der auf der Mahl- und Schrotkarte eingetragene Betrieb ist berechtigt, die Verarbeitung für den Selbstversorger vorzunehmen.

Die zum Betriebe privater Schrotmühlen erforderliche amtschauptmannschaftliche Genehmigung wird hierdurch nicht berührt. Die Verarbeitung von Brotgetreide und Gerste auf eigenen Mühlen (Schrotmühlen, Quetschen usw.) ist verboten.

§ 6. Bei der Beförderung des Brotgetreides und der Gerste zu dem Betriebe, der die Verarbeitung vornehmen soll, haben die Selbstversorger an jedem Sack den vorgeschriebenen Anhängesattel zu befestigen, aus dem sich der Inhalt des Sackes nach Fruchtart und Gewicht, sowie Name und Wohnort des Eigentümers ergibt.

Die Selbstversorger haben dem verarbeitenden Betriebe gleichzeitig mit dem zu verarbeitenden Brotgetreide oder Gerste den Erlaubnisschein (Mahl- oder Schrotkarte) zu übergeben.

§ 7. Die Betriebe dürfen Brotgetreide und Gerste von Selbstversorgern nur zum Zwecke sofortiger Verarbeitung und nur in den Mengen annehmen, die durch einen ihnen vorher oder gleichzeitig ausgehändigten ordnungsgemäß ausgestellten Erlaubnisschein (Mahl- oder Schrotkarte) belegt sind.

Gerste von Nichtselbstversorgern dürfen die Betriebe nur zur Herstellung von Futtermitteln und nur dann annehmen, wenn ihnen vorher oder gleichzeitig ein vom Kommunalverband ausgestellter Erlaubnisschein ausgehändigt wird.

Zur Aufbewahrung dürfen Betriebe Brotgetreide und Gerste nicht annehmen. Dies gilt auch, wenn diese Früchte später in demselben Betriebe verarbeitet werden sollen.

Zur Reinigung, Sortierung oder ähnlichen Behandlung dürfen Betriebe Brotgetreide und Gerste nur annehmen, wenn ihnen vorher oder gleichzeitig ein auf den Namen des Besitzers lautender Erlaubnisschein des Kommunalverbandes ausgehändigt wird.

Die Lagerung des Brotgetreides und der Gerste in der Mühle hat getrennt von den übrigen Früchten so zu erfolgen, daß die Aufnahme des Bestandes jederzeit möglich ist.

§ 9. Die Betriebe haben das Brotgetreide und die Gerste sofort nach Empfang genau zu verwiegen und das ermittelte Gewicht, sowie den von ihnen selbst festgestellten Sachinhalt auf beiden Abschnitten des Erlaubnisscheines (Mahl- oder Schrotkarte) einzutragen. Nach der Verarbeitung sind die Erzeugnisse wiederum zu verwiegen und das Gewicht an Mehl, Schrot, Gröhe, Graupen und dergleichen sowie an Kleie oder Abfall vor der Ablieferung gleichfalls auf beiden Abschnitten des Erlaubnisscheines (Mahl- oder Schrotkarte) einzutragen. Abschnitt I der Mahl- oder Schrotkarte ist von dem Betriebe, nachdem das

Verarbeitungsergebnis in das Mahlbuch (§ 13) eingetragen ist, dem Kommunalverbande einzureichen; Abschnitt II ist dem Selbstversorger mit den Erzeugnissen (Mehl usw.) zurückzugeben und von diesen aufzubewahren.

§ 10. Die Betriebe dürfen Brotgetreide und Gerste nur annehmen, wenn die Säcke mit ordnungsmäßig ausgefüllten Anhängesatteln (§ 6) versehen sind. Die Anhängesatteln müssen an den Säcken befestigt bleiben, bis die Verarbeitung des Brotgetreides und der Gerste erfolgt. Nach der Verarbeitung haben die Betriebe die Anhängesatteln mit den erforderlichen weiteren Eintragungen zu versehen und sofort wieder an den mit den hergestellten Erzeugnissen gefüllten Säcken zu befestigen.

Alle in den zum Mühlenbetriebe gehörenden Räumen lagernden, mit Brotgetreide, Gerste oder daraus hergestellten Erzeugnissen gefüllten Säcke müssen mit Anhängesatteln versehen sein, auf denen der Name des Eigentümers sowie die Bezeichnung und das Gewicht des Inhalts des Sackes vermerkt sind.

§ 11. Die Betriebe dürfen Brotgetreide, Gerste oder daraus hergestellte Erzeugnisse des Inhabers oder Leiters des Betriebes in den zum Mühlenbetrieb gehörenden Räumen nur in den Mengen lagern, für die ordnungsmäßig ausgestellte Erlaubnisscheine vorliegen. § 10 Absatz 2 findet auch auf diese Vorräte Anwendung.

§ 12. Die Betriebe dürfen Aufträge zur Verarbeitung von Teilen der auf dem Erlaubnisschein verzeichneten Mengen nur annehmen, wenn der Auftraggeber gleichzeitig schriftlich auf die Verarbeitung des Restes verzichtet.

§ 13. Die Betriebe sind zur Führung eines Mahl- und Lagerbuches nach vorgeschriebenem Muster verpflichtet. In das Mahl- und Lagerbuch sind die Eingänge an Brotgetreide und Gerste und die Ausgänge an Verarbeitungserzeugnissen sowie das Ergebnis der Verarbeitung täglich einzutragen.

Der Betriebsleiter ist dafür verantwortlich, daß die Ueberbringer von Brotgetreide und Gerste und die Abholer der Erzeugnisse die Eintragungen in dem Mahl- und Lagerbuch als richtig bescheinigen.

Aus dem Mahl- und Lagerbuch muß sich jederzeit der Bestand des in den Betriebsräumen lagernden Brotgetreides, der Gerste und Erzeugnisse feststellen lassen.

Die Betriebe sind verpflichtet, am Ende jedes Kalendermonats dem Kommunalverband Durchschriften der Eintragungen des Mahl- und Lagerbuches einzureichen.

§ 14. Die Anlieferung von Brotgetreide und Gerste und die Abholung von Erzeugnissen bei Betrieben sowie die Verarbeitung von Brotgetreide und Gerste an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sowie zur Nachtzeit ist nur mit vorheriger Genehmigung des Kommunalverbandes gestattet.

§ 15. Die Vereinbarung eines Verarbeitungslöhnes, insbesondere eines Mahllöhnes in der Art, daß als Entgelt für die Verarbeitung statt eines Geldbeitrages die Hingabe eines Teiles des zur Verarbeitung übergebenen Brotgetreides und Gerste oder der daraus hergestellten Erzeugnisse festgesetzt wird, ist untersagt. Ebenso ist es unzulässig, dem Betriebe die Menge an Brotgetreide, Gerste oder Erzeugnissen zu überlassen, die er bei der Herstellung der etwa vereinbarten Pflichtmenge von Erzeugnissen erbringt (Schwundersparnisse).

Die Betriebe sind zur restlosen Ablieferung der gesamten Erzeugnisse einschließlich der Kleie und allen Abfalls an die Auftraggeber auch dann verpflichtet, wenn die Auftraggeber dies nicht verlangen.

Tauschmüllerei ist nicht gestattet.

Die Ausmahlung von Brotgetreide hat zu 94%, von Gerste zu 85% zu erfolgen. Hiervon wird nicht berührt die Befugnis zur Verarbeitung der freigegebenen Menge von Gerste zu Graupen, Gröhe, Floden oder Schrot für die menschliche Ernährung oder zu Tierfutter.

Das Schrotten und Quetschen von Brotgetreide ist verboten. Die Verwendung des aus Selbstversorger-Brotgetreide gewonnenen Mehles hat unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Bereitung von Backwaren zu erfolgen.

§ 16. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Verurteilung ist strafbar.

Neben der Strafe kann auf Einziehung des Brotgetreides und der Gerste oder der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht für verfallen erklärt worden sind. Dippoldiswalde, am 4. August 1919.

Der Kommunalverband.

Spartasse zu Dippoldiswalde.

Einlegerguthaben 12 000 000 Mark.

Geschäftszeit:

Sonntags ununterbrochen 1/29 bis 2 Uhr,

an allen übrigen Wochentagen 1/29—12 und 2—4 Uhr.

Tägliche Verzinsung nach jährlich 3 1/2 v. H.

Alle Einlagen werden vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage vor der Rückzahlung verzinst.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Gemeindeverbandsgiro-Konto Nr. 20 — Postfach-Konto Leipzig Nr. 29 785
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Die Gemeinde-Verb.-Spartasse Schmiedeberg

Ist Montags bis Freitags vormittags 8—1 und nachmittags 3—5 Uhr,
an Sonnabenden von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.

Die Einlagen werden vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage vor der Rückzahlung verzinst.
Verwaltung mündelsicherer Wertpapiere.

Lebensmittellisten werden umgehend hergestellt von Carl Jehne.

Massnahmen gegen den Schleichhandel.

Aussauf der linksrheinischen Lebensmittel.
Sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die Entente das besetzte Gebiet mit grossen Mengen von Lebens- und Genussmitteln überflutet. Dies haben sich die „Verursacher“ zu nütze gemacht, um ihrerseits durch Massenvertrieb dieser Waren im unbefestigten Deutschland im Wege des Schleichhandels Riesengewinne zu erzielen.

Die Behörden haben deshalb in der letzten Zeit auf diese Handelsgeschäfte ihr besonderes Augenmerk gerichtet und verschiedentlich grosse Sendungen, die in Einzelfällen bis zu zehn Eisenbahnwaggons umfassen, beschlagnahmt. Wir erinnern an die grossen Ruder- und Speckschleibungen, die zur Aufdeckung von über das ganze Reich verbreiteten Schieber-Zentralen führten und eine ganze Reihe von Verhaftungen zeitigten, die gegenwärtig noch nicht abgeschlossen sind.

Diese „Handelsgeschäfte“ haben sich erst allmählich zu diesen Riesenschleibungen entwickelt. Zunächst wurden nur kleine Mengen, da die französische und englische Besatzungsbehörde ein strenges Ausfuhrverbot erlassen hatte, im Einverständnis mit den feindlichen Posten in das unbefestigte Gebiet geschmuggelt. Da jedoch im Laufe der letzten sechs Monate so grosse Mengen von Fleisch und Fettwaren im linksrheinischen Gebiet aufgestapelt wurden, dass nach Abzug eines grossen Teiles des früheren Besatzungsheeres mit einem Verderben der beträchtlichen Nahrungsmittelbestände gerechnet werden musste, hob die Besatzungsbehörde das Verbot auf und gestattete die Ausfuhr jedweder Mengen. Jetzt wurden die Besatzungsgruppen die offiziellen Vermittler der Schleichhändler. Es hat sich, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet, ein regelrechtes Handelsgeschäft entwickelt, das mit ganz bestimmten Provisionsfähigkeiten der Offiziere vermittelt den Schiebern Waggons mit Lebensmitteln gegen tarifliche Provision, und der Posten an der Grenze, der den Uebergang der gekauften Mengen gestattet, erhält ebenfalls seinen Anteil und macht sein eintägiges Geschäft. Schliesslich erweiterte man die Ausfuhr auch auf Luxusartikel und Kleiderstoffe, und man kann gegenwärtig Waren jeglicher Branche von den „militärischen Vermittlern“ erhalten.

Die Regierung konnte sich natürlich mit dieser unkontrollierbaren Einfuhr und der durch den Schleichhandel entstehenden Zollhinterziehung nicht einverstanden erklären. Alle Bemühungen der Reichsbehörde, die Besatzungsbehörden zu einem Verbot dieses Handels zu veranlassen, blieben erfolglos. Die Regierung sah sich daher gezwungen, als einziges Mittel zur Unterbindung des wilden Handels die Beschlagnahme durch das Landespolizeiamt anzuordnen. Dieses Amt sucht durch Militärkommandos auf den grossen Eisenbahnstationen wie durch ein Heer von Kriminalbeamten möglichst viel Ware zu erfassen.

So berechtigt diese Massnahme mit Rücksicht auf eine geordnete Ernährungsorganisation erscheint, hat sie doch in vielen Kreisen der Bevölkerung lebhaften Unwillen erregt. Man fragt heute wenig nach der Herkunft der Ware und der Höhe des Preises, sondern ist zufrieden, wenn man überhaupt etwas erhält. Der Regierung kann der Borkauf nicht erspart werden, da sie diese freiwerdenden Lebensmittel im linksrheinischen Gebiete nicht rechtzeitig zu erfassen vermag.

Kunmehr hat das Reichs Ernährungsamt in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium eine neue Aktion eingeleitet, um den wilden Handel im Rheinland zu unterbinden und die Lebensmittel selber aufzukaufen. Ob ihr das glückt, ist allerdings fraglich, denn die feindlichen Besatzungsgruppen werden sich ihr eintägiges Geschäft als Schleichhändler kaum aus der Hand nehmen lassen.

Die Kohlenkrise.

Der Eisenbahnminister über die drohende Kohlenkatastrophe.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer trat am Mittwoch im Reichskanzlerpalais eine Konferenz zur Beratung über Massnahmen gegen eine Kohlenkrise zusammen. Starke Eindrücke machten die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers.

Er betonte, dass schon jetzt durch den grossen Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die sich zunehmend verschärft habe und drohe, das Verkehrsleben, wie auch die Industrie lahmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis vierzehn Tage; es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Personenverkehr stark einzuschränken. Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als erschwerender Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von 40 Millionen Tonnen Kohlen an die Entente hinzu. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Dürft auf das Einfuhrmaterial.

Die einschneidenden Einschränkungen auferlegen, er wird eine Kohlennot von grosser Härte mit manchen unvermeidlichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

Man war in der Besprechung allgemein der Ansicht, dass deshalb unter allen Umständen und unter jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus den Verhandlungen selbst sei als weiterer Punkt die Schichtfrage hervorgehoben. Bekanntlich ist man von der 8 1/2-Stundenschicht auf die Siebenstundenschicht in den Bergwerken gekommen. Es soll nun versucht werden, diese Siebenstundenschicht durch eine einstündige Ueberlängung, die um 25 vom Hundert besser bezahlt werden würde als sonst die Einstundenarbeit, zu verlängern. Die Arbeitnehmer waren bei der Debatte hierüber einstimmig der Ansicht, dass sich dieser Plan schwer durchsetzen lassen würde. Man kam schliesslich zur Auffassung, wenigstens eine strikte Durchführung der Schichtzahl mit allen Kräften anzustreben, d. h. bei 27 Arbeitstagen im laufenden Monat auch wirklich 27 Arbeitsschichten ausführen zu lassen.

Das schwierige Problem der Waarenaestelluna bes-

handelt der Eisenbahnminister Deser. Die Verhandlungen wurden am Donnerstag in einem Ausschuss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Schlicke und unter Hinzuziehung des Reichswirtschaftsministers Schmidt fortgesetzt.

Alliierte Massnahmen zur Beseitigung der Kohlennot in Europa.

Auch der Oberste alliierte Rat in Paris hat sich dieser Tage mit dem Steinkohlenproblem eingehend befasst. Man beschloss, eine Kohleneinfuhr-Kommission für künstliche europäische Staaten zu schaffen. Dieser Kommission wird nicht nur die Verteilung der für Europa verfügbaren Kohlenvorräte obliegen, sondern sie soll auch Massnahmen zur Hebung der Erzeugung treffen. Es wurde festgestellt, dass mehrere Gruben in Frankreich, Belgien und Deutschland nicht genügend produzieren. Der Rat wünschte weiter, die Einwanderung polnischer und tschechischer Arbeiter zu fördern, die in ihrem eigenen Lande wegen der Desorganisation der Industrie keine Arbeit finden, und daher in den Bergwerken Westeuropas beschäftigt werden können. Frankreich hat bestimmte Kohlenmengen in Westfalen aufgekauft als Ergänzung der im Friedensabkommen mit Deutschland ohnehin vorgesehenen Kohlenmengen, die Deutschland nach Festlegung des in dieser Frage zu treffenden Uebereinkommens zu liefern hat.

Es besteht also die Gefahr, dass die Massnahmen der Entente zur Hebung der internationalen Kohlennot die Kohlennot in Deutschland noch verschärfen. In der interalliierten Steinkohlenkommission werden übrigens nur Frankreich, England, Italien, die Tschechoslowakei und Polen vertreten sein. Amerika hat sich geweigert der Kommission beizutreten. Hoover sagte, dass man auf eine amerikanische Einfuhr von Steinkohlen ummöglich rechnen dürfe. Er erklärte ferner, dass nach England jetzt auch in Amerika der soziale Zustand anfangs, infolge der revolutionären Wünsche des Eisenbahnpersonals sehr ernst zu werden. Der bevorstehende Winter werde in den bereinigten Staaten den grössten Mangel an Steinkohlen bringen, den das Land je gesehen habe.

Soziales.

Die Erwerbslosenfürsorge für Auslandsdeutsche. Behandelt ein Erlass des Ministers des Innern. Danach ist Deutschen, die früher im Auslande gewohnt haben und infolge des Krieges gezwungen oder freiwillig nach Deutschland zurückgekehrt sind, bei Erwerbslosigkeit die Erwerbslosenfürsorge nach gleichen Grundregeln zu gewähren wie Inländern. Die Unterstützung darf den Auslandsdeutschen nicht mit der Begründung verweigert werden, dass die Missbedürftigkeit eine Folge der Flucht und nicht durch Erwerbslosigkeit hervorgerufen sei. Auslandsdeutsche sind nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, wenn sie einen inländischen Wohnsitz nicht haben, von der Gemeinde zu unterstützen, in der sie sich bei Eintritt der Erwerbslosigkeit aufhalten. Wenn sie dagegen einen Wohnort im Inlande haben, sind sie von der Wohnortgemeinde zu unterstützen. Die Rückkehr in den früheren Wohnort im Auslande kann nicht verlangt werden; es ist deshalb auch nicht zulässig, solchen Personen lediglich wegen Verweigerung der Rückkehr in das Ausland die Erwerbslosenfürsorge zu entziehen.

Sport und Verkehr.

Weltrekord eines deutschen Flugzeuges. Das neue Verkehrsflugzeug der A. G. O. erreichte am 30. Juli bei einem offiziellen Abnahmeflug mit acht Personen an Bord die Höhe von 6100 Meter und stellte damit einen neuen Weltrekord auf. Die Führung des Flugzeuges hatte der bekannte Flugzeugführer Ing. Paul Schwan dt.

Ein neuartiges Verkehrsflugzeug wurde auf dem Flugplatz Johannisthal dem Unterstaatssekretär Euler vorgeführt. Es handelte sich um ein sogenanntes

Ganzmetallflugzeug des bekannten Erfinders und Industriellen Professor Junker, welches hier auch seine Geeignetheit für friedliche Verkehrszwecke erwies, nachdem die Metallflugzeuge bereits im letzten Kriegsjahre an unseren Fronten gute Arbeit getan hatten.

Volkswirtschaftliches.

Die Noten werden abgestempelt. Gegenüber dem mehrfach aufgetauchten Nachrichten, dass die Reichsfinanzverwaltung von der angelegentlich Abstempelung der Noten und dem Notenumtausch Abstand nehmen wolle, wird nach der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig berichtet, dass eine solche Abstempelung nicht besteht. Es fanden lediglich Erwägungen über die Durchführung dieser Massnahmen statt.

Bohrungen auf Eisenerz in Lothringen. Eine französisch-belgische Gesellschaft hat an verschiedenen Stellen der lothringisch-pfälzischen Grenze etwa 50 Bohrungen auf Eisenerz vornehmen lassen. Überall wurde Erz gefunden, was zur Folge haben wird, dass in nicht allzuferner Zeit der bekannte große Truppenübungsplatz in Wisch in ein Industriegebiet umgewandelt wird.

Scherz und Ernst.

Schwedische Diplomaten unter der Auflage des Schmuggels. Eine Skandalaffäre, die schon seit längerer Zeit in der schwedischen Presse angebeutet wurde, ist nun vollends aufgeklärt worden. Bereits vor langer Zeit ist von den schwedischen Behörden festgestellt worden, dass einzelne Mitglieder des schwedischen Generalkonsulats in Moskau und der Gesandtschaft in Petersburg ihre Stellungen dazu missbraucht hatten, Schiebung mit Rubelnoten und Antiquitäten durchzuführen. Die Angelegenheit beschäftigte nun auch die beiden Kammern. Die Ergebnisse der Untersuchung führten dazu, dass nach einer offiziellen Mitteilung des schwedischen Pressebüros, sieben hochgeachtete Diplomaten unter Auflage gestellt worden sind. Unter diesen Diplomaten befinden sich auch der schwedische Geschäftsträger in Petersburg, General Brandström, und der Legationssekretär Baron Koskull.

Ein Million für einen Spiel- und Sportplatz in Spandau. Die Stadt Spandau legt für die Jugend einen umfangreichen Spiel- und Sportplatz in Hakenfelde an. Für den ersten Mittel schon bewilligt und die Arbeiten schon in Angriff genommen worden sind. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 933 200 Mark und sind etwa dreimal so hoch wie in Friedenszeiten. Hierfür werden allerdings Reich und Staat Ueberteuerungskosten in Höhe von etwa 500 000 Mark tragen. Der Sportplatz zieht Anlagen für alle Zweige des Sports, Spiels und Turnens vor. Auch eine Tribüne für etwa 1100 Zuschauer ist vorgesehen.

Kleine Nachrichten.

Aus dem Grünen Gewölbe in Dresden, in dem der sächsische Kronschatz verwahrt wird, ist eine Bronzefigur im Werte von 10 000 Mark gestohlen worden. Vom Täter fehlt jede Spur.

Forstmeister August Kof in Rehberg, Kreis Marienwerder wurde von Wildblieben erschossen.

Das bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft ohne besondere Erlaubnis zugelassenen Aufenthaltes von hat für den Bezirk Garmisch-Partenkirchen die Dauer des Fremden auf vier Wochen festgesetzt.

Auf Jagd Friedrich Ernestine bei Stappenberg (Eisen) erfolgte eine Explosion schlagender Wetter. Sechs Bergleute wurden getötet.

Mit dem Sitz in Straßburg und einem Kapital von 10 Millionen Franks wurde eine Banque du Rhin gegründet.

In Rotterdam ist der Dampfer „Sicilia“ aus Montreal mit 841 aus Kanada ausgewiesenen Deutschen an Bord angekommen.

In Kroatien fanden mehrere bolschewistische Anschläge ihren Ausdruck, die von serbischen Militär niedergeschlagen worden sind.

In Paris ist die erste Ladung deutscher Kohle aus dem Ruhrgebiet eingetroffen.

Für den Wiederaufbau der französischen Handelsflotte sind von der französischen Regierung 1850 Millionen Franks gefordert worden.

Der bekannte amerikanische Philantrop und Bankier Nathan Strauß beabsichtigt, sich sobald wie möglich in Palästina niederzulassen.



Die beiden Abstimmungszone in Schleswig (Ostteil)



Die beiden Abstimmungszone in Schleswig (Westteil)

Die Hühnerkrankungen in Potsdam, die dank dem Eingreifen der Medizinbehörde seit zwei Tagen zum Stillstand gekommen sind, haben sieben Todesopfer und über 60 Erkrankungen gefordert.

Auf Heide Friedrich-Ernestine in Essen wurden sechs Bergleute durch Explosion schlagender Wetter getötet.

Das Armeekorpskommando Grenzschutz Süd — Schlesien und Regierungsbezirk Frankfurt und der Grenzschutz an der südlichen Grenze Sachsens sind aufgelöst worden.

Zwei Welten.

Roman von J. Marret.
(10. Fortsetzung.)

Zu ihren beunruhigenden Gedanken gesellte sich komischerweise auch noch die Sorge um das Menü. Der unsinnige Luxus, welcher im Hause Brandoffah getrieben wurde, hatte ihre Begriffe von dem, was sein müsse, einigermaßen aus dem Gleichgewicht gehoben. Frank und Luch kamen aus einem Lande, in dem der Luxus noch weit größere Dimensionen angenommen hatte. Dann mußte die alte Frau doch lächeln, während sie an den halbverfallenen Hühnerhof dachte, aus dem Luch die frischen Eier geholt, mit denen der Hunger ihres neugewonnenen Betters gestillt werden sollte. Rein, von dieser Seite hatte sie gewiß nichts zu befürchten; trotzdem kam es ihr vor, daß ihr kleiner Salon noch niemals so morsch und verwittert ausgesehen, noch nie so nach Staub und Moder gerochen, wie heute. Die Holzstühle brannten unglücklich im Kamin, sie strömten zeitweise, wenn ein Windstoß kam, Rauch aus — aber sie erwärmten nicht.

Es bestand freilich ein Himmelweiter Unterschied zwischen diesem Raume und den prächtigen Gemächern am Trocadero, mit den hohen Decken, den weitläufigen Salons, in denen die Einrichtungstücke nicht aufeinander gedrängt waren, in denen helle Tapeten die Wände zierten und die Bügenscheiben an den Fenstern das allzu grelle Licht ausschloßen. Die Mode des Tages war sehr grundverschieden von einst. Die Gräfin hatte geglaubt, gut zu tun, wenn sie möglichst viele kleine Fische, Stageren, Draperien an den Fenstern und Türen und wertvolle Rippes zusammenfuchte, um ihr Wohngemach damit zu schmücken. Da ihre Zimmer klein und niedrig waren, da sie die Aussicht nach einer schmalen und düsteren Gasse boten, atmete man schlechte Luft darin; Frau von Rehnis aber würde bei Luch gerne nur gute Eindrücke hervorgerufen haben. Dann wieder sagte sie sich, daß die Mangelhaftigkeit, die sich ihrer bemächtigte, Mangel an gutem Geschmack, Mangel an Selbstvertrauen sei, und als sie endlich Stimmen in ihrem Vorzimmer hörte, hatte sie ganz ihre selbstbewußte Ruhe wiedergewonnen.

Luch wartete nicht auf eine förmliche Vorstellung; mit ruhigen Wangen und leuchtenden Augen trat sie auf die Gräfin zu. Sie hatte einen glücklichen Morgen in der Gesellschaft eines Betters verbracht, der ihr recht wohl gefiel, und sie befand sich in angeregter Stimmung. Sie erfaßte mit ihren schlanken Fingern die Hand, die sich ihr entgegenstreckte, und indem sie der alten Frau in die Augen sah, sprach sie lächelnd: „Wollen Sie mir gestatten, Sie zu lieben, Kusine? Ich fühle mich dazu von Herzen geneigt.“

Die Worte traten ihr so spontan auf die Lippen, sie klangen so naiv und jugendlich, daß alle Befürchtungen Frau von Rehnis' wie mit einem Schläge dahingeschwunden waren. Es lag ihr jetzt nichts mehr an ihrer altmodischen Einrichtung oder an dem fughalen Menü. Sie schloß das Mädchen in ihre Arme und küßte sie herzlich auf beide Wangen.

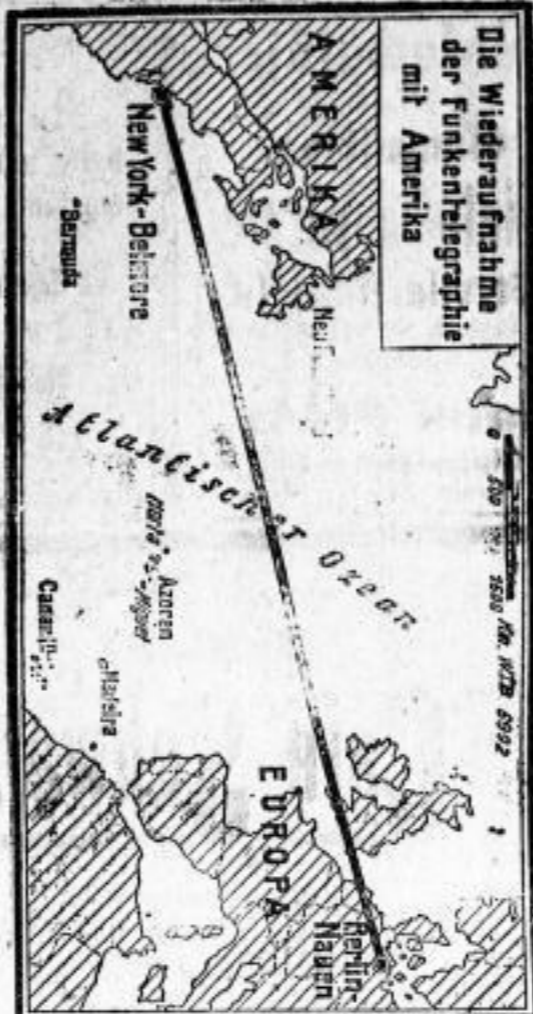
„Meine niedliche, kleine Amerikanerin, gewiß fühle ich mich geneigt, Ihnen von Herzen zugetan zu sein und Sie meinerseits lieb zu haben; nennen Sie mich Tante, ich bin zu alt, um noch eine Kusine abgeben zu können; den Grad der Verwandtschaft, der zwischen uns besteht, kenne ich nicht so recht, und er ist mir auch einerlei, ich will mich gewiß bemühen, eine annehmbare Tante für die reizendste aller Nichten zu sein. Und Sie, mein Neffe Frank, wollen auch Sie mir ein wenig gut sein? Ihre französische Familie ist es, welche in meiner Person Ihnen mit offenen Armen entgegenkommt. Sie haben meinem Francois eine Heimstätte bei sich in Amerika geboten, ich bin glücklich, Sie nun auch bei mir willkommen heißen zu können.“

„Mit aller gebührenden Ehrfurcht für dich, teure Mutter.“ rief Francois lachend und beglückt über den freundlichen Willkomm, den die Gräfin den Verwandten bot, „mit aller gebührenden Ehrfurcht also kann ich doch nicht umhin zu bemerken, daß es in unserer Heimstätte heute ganz absehnlich raucht.“ und er fuhr mit der mächtigen Feuerzange auf das Holz, so daß die Flammen hoch aufstiegen.

Die Gräfin war herrschsüchtig und gut zugleich,



Generaloberst Erzherzog Josef



sie konnte mitunter eine grenzenlose Heftigkeit an den Tag legen und war doch immer weich und zärtlich gegen alle jene, die litten oder irgend eine schwere Bürde zu tragen hatten. Die Notwendigkeit zwang sie, sparsam zu sein; sie liebte aber an den anderen alle jene Eigenschaften, die sie bei sich selbst nicht hatte überhand nehmen lassen dürfen. Eben weil sie sehr unglücklich gewesen, freute sie sich an dem Glück anderer. Gendigt, mit allem zu sparen, war es ihr nach und nach gelungen, durch höchste Entschlossenheit und Sparsamkeit, die sie bis auf das Geizen mit Kerzenresten durchführte, eine Art Wohlstand in ihrem Heim wiederherzustellen; obwohl sie selbst ihn aber nicht überhand konnte, liebte sie den Luxus. Durch die Macht der Gewohnheit versagte sie sich auch jetzt noch, wo sie sich ihn schließlich hätte gewähren können, sehr häufig einen Wagen, pachte sie sich selbst die Hütte auf, rief sie jede unbeschriebene Seite der Briefe, welche sie erhielt, ab, vereinte solche lose Blätter mit einem Bindfaden und wuschte sie so stets zu vertieren; am liebsten würde sie wohl auch noch Briefumschläge umgewandt und sie nochmals gebraucht haben, aber eine angeborene falsche Scham hielt sie davon zurück.

Ihren Sohn gab sie drei Viertel ihrer Einkünfte. Das Vermögen Francois' war unbedeutend, seine Mutter aber verdroß es, wenn sie den Sohn nicht nach der letzten Mode gekleidet sah. Sie war mit der kostspieligen Reise vollkommen einverstanden gewesen, die er unternommen, obwohl sie unter der langen Trennung von ihm nicht wenig gelitten. Während dieser seiner Abwesenheit hatte sie noch sparsamer als gewöhnlich gelebt, hatte sie sich wirklich unnütze Entbehrungen auferlegt, hatte sie aber doch im Stillen gegrollt, daß ihr Sohn sie nicht für alles, was sie rulde, entschädigte; indem er ihr eines Tages eine reiche Schwägerin zuführte. Es war dies der einzige Grund, weswegen die liebevolle, aber etwas herrschsüchtige Mutter mitunter eine gewisse Geizigkeit gegen den zärtlichen Sohn an den Tag legte, der sich nur zeitweise zur Wehr setzte, wenn das Gängelband, an dem sie ihn zu führen liebte, etwas gar zu schroff angezogen wurde. Sie sagte sich, daß er nun bald dreißig Jahre alt sei und es unstatthaft wäre, daß er ihr jedesmal entschlippe, wenn sie die Absicht habe, ihn zu verheiraten; er andererseits aber dachte sich: „Meine gute Mutter will immer noch nicht begreifen, daß ich bald dreißig Jahre alt bin und mich nicht von irgend jemand anderem — auch nicht von ihr — nach Lust und Gutdünken verheiraten lasse; wenn das Herz mir dazu rät, werde ich mich gewiß vermahnen, aber ich besorge dies ohne Einmischung von anderen.“

Luch war von der Gräfin auf den ersten Blick eingenommen; das vornehme Wesen der Frau mit den schneeweißen Haaren, ihr gültiges Lächeln und ihre dabei doch ein klein wenig spötteligen Augen interessierten und fesselten sie. Sie fühlte sich überzeugt, sich in Gesellschaft dieser Frau niemals langweilen zu können. Frank legte seiner neugewonnenen Tante gegenüber jene echte Herzensoffenheit an den Tag, die jeder wahre Amerikaner dem Weibe gegenüber bezeugt, ob dieses nun alt oder jung sei.

Das Gabelgespräch verlief in heiterster und gemüthlichster Stimmung. Die jungen Leute erzählten von



Aufnahmestation für drahtlose Ferngespräche am Tempelhofer Feld in Berlin.



Ihren Spaziergängen durch die verschiedenen Stadtteile, von dem städtischen Rundgang, den sie durch den Louvre gemacht und der doch genügt habe, um ihnen einen Vorgeschmack dessen zu bieten, was sie noch genießen würden; sie machten den Eindruck zweier auf Reisen befindlicher Schüler, die alles kennen lernen wollten.

„Es ist uns auch beläufig so zu Mute.“ bekannte Frank, als Francois eine diesbezügliche Bemerkung machte, „unser frühe Jugend verlief einigermaßen streng und bister, meine Schwester und ich mußten daran denken, uns das tägliche Brot zu verdienen, in einem Alter, in dem man gewöhnlich dieses Brot mit Butter bestreicht, ohne dafür irgend etwas zu leisten.“

„Auch das trodene Brot schmeckt ganz ausgezeichnet, wenn es selbst verdient ist.“ warf Luch ein.

„Niemand hindert Sie, sich auch noch fernere Geld zu verdienen, liebe Kusine; Sie haben doch gewiß Ihren Malakasten mitgebracht?“

„Allerdings, aber es fehlt an der richtigen Anspornung, und diese ist — die Not.“

„Die Erbchaft.“ warf die Gräfin, mit ihrem Messer spielend, scheinbar nachlässig ein, „ist also recht groß gewesen?“

„Sie gestattet uns.“ erwiderte Frank mit etwas scharfer Stimme, „eine lange Fertiigkeit; später freilich werden wir die Arbeit wieder aufnehmen.“

„Und Sie wollen Buchhändler, wohl gar Herausgeber eines Blattes werden?“

„Ja, liebe Tante, ich möchte mir allerdings auch den Luxus gestatten, ein oder zwei Bücher herauszugeben, die ich selbst geschrieben, und ich will hoffen, daß deshalb ein so solides Haus wie das meines früheren Brotgebers, noch immer nicht den Konkurs ansagt. Wenn dasselbe durch meine Publikationen auch nicht erneute Reichthümer sammelt, so braucht es doch nicht ärmer zu werden, und jedenfalls bereitet es mir viel Vergnügen, unter die Publikisten zu geben. Ich will vor allem eine Studie über die französische Gesellschaft herausgeben, in der ich Stellung nehme gegen jene Partei, die eure besten Autoren angreift. Ich brauche nur Sie anzusehen und mit Ihnen zu plaudern, um mich und auch die anderen zu überzeugen, daß eine echte Französin ein ganz hervorragendes Geschöpf ist, ein mutiges, reizendes, gutes Wesen — vielleicht zuweilen ein wenig spöttelhaft, aber immer durch und durch Weib.“

„Richt übel gesagt für eine Rothhaut, lieber Frank.“ warf Francois lachend ein, „ich dachte, daß bei euchzulande die Männer keine Zeit hätten, sich mit dem andern Geschlecht zu befassen.“

„Darin täuschen Sie sich; der Kultus der Frauen ist unsere Freude, unser Stolz und unser Ruhm.“

„Sie werden Verwendung für Ihre Galanterie in Paris finden, dafür bürgt ich! Nicht wahr, Francois?“ Und um einen Anfang zu machen, will ich Ihnen heute schon dazu Anlaß geben.“ bemerkte die Gräfin, „will ich Sie zu den Brandoffahs führen.“

„Heute nicht, liebe Tante.“ entgegnete Luch, „wir werden bei der Familie Debell erwartet, ich habe sie gestern nur flüchtig begrüßen können, als sie zu unserem Empfang auf den Bahnhof kamen.“

„Sie werden ihnen eine Absagebescheide schicken!“

„Den Verwandten Brandoffah ja, wenn Sie es wünschen, den Debell nicht!“

„Wie, Sie hätten einen Willen, der sich nicht beugen ließe? Es wäre dies der erste Fehler, den ich an Ihnen entdecke.“

„Ist es ein Fehler? Sie lassen mich fast annehmen, daß Sie es als das Gegenteil betrachten.“

„Ich muß also nachgeben, werde mich aber gelegentlich rächen. Morgen jedoch komme ich, um Sie zu holen!“

(Fortsetzung folgt.)

Die an die Tschecho-Slowakei abzutretenden Gebiete



Vereinsdrucksachen liefert sauber Carl Jehne

Rothe's echt bayr. Bierstuben
Dresden, Altmarkt 8.
 Das sagt alles in Speisen und Getränken!

Augentrost!

Wer Augenbeschwerden hat, versuche sofort dieses vor-
 treffliche Hausmittel. Lindert, reinigt, kräftigt, beseitigt Ent-
 zündungen. Überall sehr beliebt. Flasche zu 1.50, 1.80,
 2.30 Pfg. in den Apotheken.

Kaufe

für den Kommunalverband Dippoldiswalde und Getreide-
 Einkauf Dresden jeden Vollen

**Weizen,
 Roggen,
 Gerste,
 Hafer.**

Kurt Heinz Rchf., Bößendorf

Telephon: Amt Deuben 135.

Fällsade können jederzeit abgeholt werden.

Ein Knabe,

Sohn achtbarer Eltern, welcher Eltern die Schule verläßt
 und Lust hat, sich zum

Kaufmann

auszubilden, kann Eltern 1920 in meinem Fabrikantor ein-
 gestellt werden.

Maschinenfabrik Dippoldiswalde

vorn. E. Thorning, Inh.: Erich Bödme.

Ein Zuchtbulle,

3/4 Jahr alt (Simmentaler
 Abtl.) sowie ein guterhaltener
 einsp. Söpel zu verkaufen.
 Naundorf Nr. 23
 bei Schmiedeberg.

**Gezählgelronde lösen die
 Geflügel-Welt, Chemnitz D14.**
 Prob-Kenner mit Nachzahl gratis.

Wer will glücklich heiraten?
 Näh. Bundesstr., Zeitg.,
 Bltte 1. — Distr. verschl. Zu-
 sendung Kolonial Nürnberg I.

**Myrtan-
 kränze**
 in Silber und
 versilbert empfiehlt billigst
 H. Wietz, Herrngasse 91.

**Fensterleder,
 Parkettwachs,
 Lederfett,
 Wagenfett**
 empfiehlt Max Arnold,
 an der Post.

Pferde
 jeden Schlages kauft, ver-
 kauft und tauscht ein unter
 reeller Bedienung
 F. Wolf, Dippoldiswalde,
 Fernsprecher Nr. 175.

**Schlacht-
 pferde**
 kauft
 Hermann Scharfe. Tel. 80.
 Im Notfall sofort zur Stelle.
 Nachklingel vorhanden.

**Kaufe
 Schlacht-
 pferde**
B. Vieber,
 Rößschlächtere
 Dippoldiswalde, Freiburger
 Straße 237, Telephon 97.
 Bin bereit, bei kranken
 Pferden zu wachen.
 Bei Rößschlächtere bin ich
 mit Transportwagen schnell-
 stens zur Stelle.
 Empfehle mich als
 Pferdescherer.

Einfochgläser
 in jeder Größe,
Gummiringe
Einfochapparate
Sterila-Kapseln
 (Verschluss für jede Flasche
 verwendbar)

Hans Pftz,
Dippoldiswalde,
 Fernsprecher Nr. 146

Die Verlobung ihrer Tochter Elisa-
 beth und ihres Sohnes Arthur zeigen
 ergebenst an
Georg Fischer und Frau.
 Chemnitz, Mariusstr. 14.
Gustav Zöhner und Frau.
 Rehefeld, Erzgeb.

Elisabeth Fischer
Arthur Zöhner
 Verlobte

10. August 1919.

Konditorei
Café Schwarz

Reichh. Konditoreibüffet.
 Biere vom Fab. Weine erster Firmen.
 Vorzügliche Getränke.
 Fernsprecher Nr. 142.

Gasthof Beerwalde.

Heute Sonntag
Tanzmusik,

wozu ergebenst einladet **Emil Hofmann.**

Konditorei
Café Taubert

am Markt
 Täglich frisches Gebäck
 — Eis —
 Bohnenkaffee : Schokolade
 — Kakao —

**Chemnitzer
 Bank-Verein**

Zweigstelle Dippoldiswalde

Fernsprecher Nr. 18

Aktienkapital und Reserven M. 20.500.000

**Erledigung aller bank-
 mäßigen Geschäfte.**

An- und Verkauf von Krieganleihen.

Möbelfabrik **Max Trips**
 Inh. **Albin Wauer**
 Dresden-N., Königsbrücker Strasse 56

**Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern
 in jeder Preislage und für jeden Geschmack.**

**Mundlos-
 (Original-Viktoria)
 Nähmaschinen**

für Haushalt, Gewerbe
 und Industrie — bestes
 deutsches Fabrikat —
 sind an Güte,
 Leistungsfähigkeit
 — unübertroffen! —
 — 5 Jahre Garantie! —
 Sämtliche Zubehör-
 teile und Reparatur-
 werstatt — für alle
 Systeme — von Näh-
 maschinen, auch Spezial-
 maschinen.
 Generalvertreter
Arthur Fänstüch,
 Dresden-N., Wallstr. 23.
 Fernsprecher 18741.

Dreifüße,
 hohe Arbeitsständer,
 Zwecken,
 Sohlenschoner,
 Rucksäcke

empfiehlt
Max Arnold
 a. d. Post.

Ziehung v. bis 20. September.

Geld-Lotterie
 der
 eingetragenen
 Vereine

Krüppelhilfe
 zu Dresden.

13600 Goldgewinne u. 1 Prämie
 eines Abzug.

100000
 Prämie und Hauptgewinn

75000
 25000
 10000
 5000

u. a. w.

Los 4 3 Mk., (Postgeld u. Liste
 45 Pf.) durch den Hauptvertrieb:

Alexander Hessel

Sächs. Staatslotterie - Einsammler,
 Dresden, Weingasse 1,
 Postcheckkonto Leipzig 3077.

Verkaufsstellen
 durch Plakate kenntlich.

Wer will Adressen schreiben?
 Ich schreibe sie für Sie.
 Sucht loh. Verg. o. sonst. Verd.?
 Näh. geg. Rückporto gratis
 Germania-Verband Nürnberg I.

Gasthof Niederpöbel.

Sonntag den 10. d. M.
feine Tanzmusik.
 Neue Bewirtung
 Es laden ergebenst ein **W. Nagelschla und Frau.**

Gasthof Oberfrandendorf.

Sonntag
starkbesetzte Ballmusik,
 Anfang 4 Uhr,
 wozu freundlichst einladet **A. Fleming.**

**Gasthof „Goldner Hirsch“,
 Reinhardtsgrinna.**

Sonntag von 4 Uhr
Tanzmusik,
 wozu ergebenst einladen **Hugo Bogler und Frau.**

Gasthof Hermsdorf.

Heute Sonntag
Tanzmusik,
 wozu freundlichst einladet **L. Bassenge.**